Nr. 66. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorausbezahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfg. Postbezug: Monatlich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die 6gespaltene Kolonelzeile kostet 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. „Familien-Anzeigen" 30 Pfg., politische u. gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 40 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 7. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Vorfriede mit Rumänien.

Die Friedensvereinbarung mit Rumänien.

Berlin, 6. März. Amtlich. Aus Bukarest wird vom 5. März gemeldet: Im Schlosse Buftea bei Bukarest wurde heute 7 Uhr nachmittags von den bevollmächtigten Vertretern der Vierbundmächte und dem rumänischen Bevollmächtigten folgender Vertrag unterzeichnet:

Beseelt von dem gemeinsamen Wunsche, den Kriegszustand zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits zu beenden und den Frieden wieder herzustellen, sind die Unterzeichneten (folgen die Namen der fünf Regierungsvertreter) dahin übereingekommen, daß, nachdem der zu Focsani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag am 2. März gekündigt und am 5. März 1918 um 12 Uhr mittags abgelaufen ist, **vom 5. März 1918 mitternachts an eine vierzehntägige Waffenruhe mit dreitägiger Kündigungsfrist laufen soll.** Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß **innerhalb dieses Zeitraumes der endgültige Friede abzuschließen ist,** und zwar auf Grundlage nachstehender

Vereinbarung:

1. **Rumänien tritt an die verbündeten Mächte die Dobrudscha bis zur Donau ab.**

2. **Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung des Handelsweges für Rumänien über Konstanza nach dem Schwarzen Meer Sorge tragen.**

3. **Die von Oesterreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen an der österreichisch-ungarisch-rumänischen Grenze werden von rumänischer Seite grundsätzlich angenommen.**

4. **Ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete grundsätzlich zugestanden.**

5. **Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilmachung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen und die rumänische Oberste Heeresleitung erfolgen.**

Sobald zwischen Rußland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.

6. **Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen besetzte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie zu räumen.**

7. **Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der verbündeten Mächte durch die Moldau und Beßarabien nach Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.**

8. **Rumänien verpflichtet sich, die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der mit dem Vierbunde im Kriege befindlichen Mächte sofort zu entlassen. Diesen Offizieren wird seitens der Vierbundmächte freies Geleit zugesichert.**

9. **Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft.**

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Buftea am 5. März 1918.

Es folgen die Unterschriften.

*

Wien, 6. März. Im Abgeordnetenhause machte zu Beginn der Sitzung der Ministerpräsident Mitteilung von der Unterzeichnung des Präliminarfriedens mit Rumänien und gab den Inhalt des Vertrages bekannt. Der Ministerpräsident schloß mit den Worten: Ich erlaube mir, das Haus aufrichtig dazu zu beglückwünschen, daß durch das militärische und politische Zusammenwirken Oesterreich-Ungarns mit seinen treuen Verbündeten diese neue wichtige Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Frieden erreicht worden ist. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die russischen Ereignisse und Frankreich.

Stockholm, 6. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) „Stockholm Tidningen" berichtet aus Paris, daß die russischen Ereignisse bei allen Parteien das Gefühl der nationalen Gefahr verstärkten und eine dementsprechende Annäherung bewirkten. Die Stimmung werde gekennzeichnet durch Artikel der „Humanité" und des „Pays", die mit der übrigen Presse unbedingt das Elsaß fordern und durch die gemäßigtere Sprache, die Barrès gegen Caillaux führt. Man sieht hoffnungsvoll den Ereignissen im fernen Osten entgegen, hegt aber gleichzeitig die unbestimmte Befürchtung, daß Deutschland den Schutzwall Europas, welcher Rußland war, nicht ersetzen könne.

Einst hörte man's anders aus Frankreich. Der erste Napoleon prägte das politische Merkwort: Soll Europa kosakisch werden? Die Politik seiner Enkel klebt dem Russenreich das Etikett an „Schutzwall Europas". Aber Schutzwall gegen wen? Da Europa genannt wird, kann nur die sogenannte gelbe Gefahr gemeint sein. Und davon redet die französische Presse in dem Augenblick, wo die französische Staatskunst hilfswillig der Landgier Japans beisteht, das asiatische Rußland an sich zu reißen. Um dies imperialistische Ziel ungestört verteidigen zu können, wird Deutschland als Schreckpopanz in den Vordergrund gerückt, und man hofft, daß dieses Mittel Breite genug hat, um die Wahrheit der ostasiatischen Vorgänge vor der französischen Oeffentlichkeit verstecken zu können. Denn die Dinge liegen so, daß Japan seinen Bundesgenossen England und Frankreich seinen Willen diktiert. Daß diese nach der japanischen Flöte tanzen müssen, da sie die Schwächeren in Ostasien geworden sind, soll natürlich verborgen werden. Auch Pichons Erklärungen im französischen Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten operierten nach diesem Rezept.

Aus diesen Erklärungen gibt der „Matin" Einzelheiten. Er sagt: In dem Augenblick, wo die maximalistische Propaganda die Oberhand gewinne, bereite Sibirien sich vor, die ungeheuren Vorräte an sich zu raffen, welche die Japaner für die russische Regierung angehäuft hätten. Energische Maßnahmen drängten sich auf, es sei sicher, daß das, was in die Hände der Maximalisten falle, eine Beute des Feindes wurde. Es sei also Pflicht der Alliierten, die Erzeugnisse in Verwahrung zu nehmen, welche sie für die verbündete Regierung bestimmt hätten. Japan könne billigerweise allein vorgehen, es ziehe aber vor, im Einvernehmen mit den Alliierten zu handeln. Wilson habe nach gewissenhafter Prüfung festgestellt, daß das japanische Eingreifen im Auftrage der Alliierten dem Grundsatz, welchen er ausgesprochen habe, in keiner Weise zu nahe trete. Es handle sich nicht darum, aus der russischen Verwirrung Vorteile zu ziehen, oder gegen den bisherigen Alliierten feindlich aufzutreten, es handele sich vielmehr um einen

Schachzug gegen das deutsche Eindringen,

welches die Zerstörung des Gleichgewichts der Mächte in Asien erstrebe. Die maximalistische Regierung habe durch die Unterzeichnung des schimpflichen Friedens die Verträge verletzt. Millionen Russen machten sich darauf gefaßt, preisgegeben zu werden. Das Eingreifen der mächtigen japanischen Armee sei das natürliche Mittel des Vorgehens der Entente in Rußland. Die Aufgabe Japans werde abgeschlossen sein, wenn sie die Hand, welche Deutschland auf Rußland und Asien lege, zurückgestoßen haben werde.

Japans sibirische Aktion.

New York, 6. März. (Reuter.) Die „Associated Preß" meldet aus Washington: **Die Vereinigten Staaten sind grundsätzlich mit Japan, Großbritannien und den anderen Alliierten zu einer Uebereinkunft über das Vorgehen in Sibirien gelangt, die Einzelheiten bleiben jedoch noch auszuarbeiten.**

Daß diese Uebereinkunft zunächst den Sinn hat, die Japaner gewähren zu lassen, ergibt sich aus einer Reutermeldung aus Washington, die, vom 5. März datiert, folgendes sagt: Man glaubt, daß die militärische Aktion Japans in Sibirien unmittelbar bevorsteht. Die amerikanische Regierung hat keinerlei Erklärung abgegeben. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Japaner mit Rücksicht auf die dringende Notwendigkeit rasch vorgehen und gleichzeitig die diplomatischen Verhandlungen fortsetzen werden, um mit den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich über den Umfang und das Ziel der Aktion zu einigen.

„Nieuws van den Dag" schreibt: Gegen die zunehmende Anarchie in Sibirien hatte die japanische Regierung bereits ihre Maßregeln getroffen. Es sei bekannt, daß schon vor einiger Zeit Wladiwostok wie Charbin durch japanische Truppen besetzt worden sind, „um die Ordnung zu handhaben". Der einzige eisfreie russische Hafen in diesem Weltteil, sowie der bedeutendste Eisenbahnknotenpunkt sind also bereits in der Macht Japans. Die **neuen Pläne der japanischen Regierung,** Pläne, die so wichtig erscheinen, daß Japans Bundesgenossen die Köpfe zusammenstecken, **müssen etwas anderes bezwecken.**

Es ist deutlich, betont das Amsterdamer Blatt, daß die Regierungen der Entente im Hinblick auf Japans Pläne ziemlich beunruhigt sind. Der Ton der amtlichen Telegramme aus London, Paris und Washington verrät das zur Genüge. Es wird uns zu nachdrücklich versichert, daß die Amerikaner und Engländer am liebsten sehen würden, wenn Japan allein in Ostasien vorginge, als daß wir nicht vermuten sollten, daß sie gute Miene zum bösen Spiel machen.

Preußische Reptilienzucht.

Ein privates Reklamemonopol.

Von Max Quarck.

Da streiten sich die Leute herum, ob für die kommenden großen Staatsbedürfnisse Monopole zu schaffen seien, die den leeren Staatssäckel mit einem kräftigen Strom von Geld füllen sollen. Eine ganze gelehrte Literatur darüber ist erschienen, mit einerseits und andererseits, mit kräftigen Vorstößen von links für gewisse fast spruchreife Steuermonopole, mit ängstlichen Verwahrungen aus der Mitte der Parteien gegen die unheimliche Ausbreitung der Staatsallmacht, die da drohe, oder von rechts mit ganz unverblümten Gründen der nacktesten Interessenpolitik dagegen, daß einer mächtigen Erwerbsgruppe die melkende Kuh genommen werden dürfe, aus der sie so viel schöne Milch zieht. Dabei werden wir mit einer Reihe kleinen Steuern, auch mit recht großen geplagt, deren Summe viel mehr Unmut ausmacht, als eine einzige unerschrockene Monopolisierungstat in den breiten Massen erregen kann. Inzwischen aber gehen die Regierungen daran, in aller Stille und Heimlichkeit Erwerbsmonopole für sich und andere zu schaffen und fragen den Teufel nach all der gelehrten Literatur. Sie handeln nach Fausts Wort: „Im Anfang war die Tat".

Eine solche Tat, deren Beurteilung freilich sehr verschiedenartig lauten dürfte, ist in diesen Tagen von der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung sowie der Verwaltung der Reichseisenbahnen ausgeführt worden. Die beiden Verwaltungen haben unterm 21. Januar d. J. mit dem Verlagsbuchhändler Reimar Hobbing in Berlin einen nach vielen Seiten bedeutsamen Vertrag abgeschlossen, der die gewerbsmäßige Reklame innerhalb des ganzen Bereichs jener Eisenbahnverwaltungen regelt. Die „Frankf. Ztg." machte in ihrer Nummer vom 27. Januar d. J. die ersten Mitteilungen über die einzigartige Begünstigung des Verlegers eines Regierungsblattes. Die Angaben über den weiteren Inhalt des erstaunlichen Vertrags, die ich im Nachfolgenden auf Grund genauer Kenntnis von seinen Einzelbestimmungen machen kann, lassen seine politische und wirtschaftliche Bedeutung erst in vollem Maße erkennen.

Bisher teilten sich, wenn ich recht unterrichtet bin, dreizehn Unternehmer in die Reklame auf den preußisch-hessischen und Reichseisenbahnlinien. Jeder dieser Geschäftsleute hatte den Bezirk mehrerer Eisenbahndirektionen zu Reklamezwecken gepachtet und betrieb ihn schlecht und recht, während des Krieges natürlich mehr schlecht als recht, weil die trüben Zeiten nicht gerade eine Aufforderung zu übermäßiger Reklame sind. Manche der Leute sind seit Jahren in diesem Pachtverhältnis und haben während der ersten Kriegsjahre vielfach die Gewinne zugesetzt, die sie in den Jahren vor dem Kriege gemacht hatten. Einzelne sind auch in dem Krieg in das Pachtverhältnis eingetreten und haben zunächst lediglich zugesetzt in der Hoffnung, bei der Fortdauer der Verträge nach Friedensschluß sich geschäftlich zu erholen. Daß man die Reklame bisher bezirksweise verpachtete, hatte seine guten, geschäftlichen Gründe. Auf diese Weise bekam kein Generalpächter die nicht unbeträchtliche Macht in die Hände, die publizistisch in einem Pachtvertrage liegt, der das ganze Eisenbahnnetz umfaßt und politisch wie geschäftlich sehr mißbraucht werden kann. Daneben konnten die verschiedenen Einzelpächter den örtlichen Bedürfnissen eher gerecht werden und ihren kleineren Bezirk intensiver bearbeiten. Diese Chance war auch nötig, denn die Reklamebefugnis der 13 Pächter war seitens der Eisenbahnverwaltung aus guten Gründen sehr erheblich eingeschränkt. In der Hauptsache standen ihnen nur die Unterführungen der Bahnhöfe zur Verfügung, wo sie die bekannten großen Holztafeln mit Reklameschildern anzubringen hatten. Außerdem noch einige wenige Stellen in den Bahnhöfen. Die Außenwände der Bahnhofsgebäude durften von ihnen nicht zu Reklamezwecken benutzt werden und ebenso hatte bekanntlich die Eisenbahnverwaltung bis auf eine bekannte Berliner Ausnahme die Innenwände der Eisenbahnabteile von Reklamebildern freigehalten in der richtigen Erwägung, daß man den Menschen, die stundenlang in diesen Abteilen sitzen müssen, nicht gerade noch die Augenplage schreiender Reklameschilder zu allen übrigen Beschwerden des Reisens bereiten soll. Insgesamt löste die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung aus diesen Pachtverhältnissen die immerhin ganz niedliche Summe von 300 000 M. im Jahr.

Das alles soll nun anders werden. Herrn Reimar Hobbing wird durch einen Generalvertrag das alleinige und ausschließliche Recht zur Ausübung der gewerbsmäßigen Reklame auf fast dem ganzen deutschen Eisenbahnnetze übertragen. Er tritt allmählich nach Maßgabe des Ablaufs der bisherigen Einzelverträge in das Pachtrecht ein und dieser Ablauf läßt sich außerordentlich beschleunigen,

weil die Eisenbahnverwaltung das Recht hat, jene Verträge in ziemlich kurzer Frist zu kündigen. Nur wenn nach dem Ermessen der Eisenbahnverwaltung die Aufhebung eine besondere Härte bedeuten würde, kann das Vertragsverhältnis bis zu zwei Jahren nach Beendigung des Krieges bestehen bleiben. Irgend eine Entschädigung ist für die gewesenen Pächter, wenn sich der Generalpächter mit ihnen nicht einigen kann, nicht vorgesehen, wogegen dem neuen Generalpächter im Falle der Vertragsauflösung eine recht ansehnliche Entschädigung zugesichert ist. Das nennt man gleiches Recht für Alle! Im Gegensatz zu dem bisherigen Zustande erstreckt sich die neue Generalpacht auf die sämtlichen Baulichkeiten des gesamten Geländes der Eisenbahnverwaltung sowie auch noch auf sämtliche Züge und enthält im einzelnen die Befugnis, gewerbliche Anzeigen in den Fluren, Vorhallen, Wartesälen und Hallen der Empfangsgebäude, in und an den Unterführungen, in den Treppenaufgängen und an den Treppengeländern, auf den Bahnsteigen, an den Grenz- und Abschlußgittern, zwischen und hinter den Gleisen, an den Rückseiten und Scheidewänden der Ruhebänke, an den der Eisenbahn gehörenden Zugangsstraßen, an den Bahnwärterhäusern und anderen Dienstgebäuden, überhaupt auf allen nicht für Eisenbahnzwecke benutzten Plätzen, ferner sogar an den Außenseiten der bahneigenen Güter- und Gepäckwagen sowie im Innern der bahneigenen Personenwagen einschließlich der bahneigenen Schlaf- und Speisewagen, und zwar sowohl in den Abteilen als auch in den Seitengängen der Durchgangswagen anzubringen. Die Bepflasterung auch aller Außenseiten der Bahngebäude soll soweit zugelassen werden, daß sich die Eisenbahnverwaltung zu einer sehr bezeichnenden Einschränkung genötigt sieht: durch die Reklame darf die Erkennbarkeit der Bahnhofsbezeichnung und der amtlichen Aushänge nicht gestört werden! So verschwenderisch soll Herr Hobbing mit der Ueberschüttung der Bahnlagen durch Reklameschilder verfahren dürfen. Wenn sich das die früheren Teilpächter jemals im Traume vorgestellt hätten! Die ästhetische Wirkung dieses einzigartigen Pachtvertrages kann man sich kaum ausmalen. Aber auch das ist noch nicht genug. Dem neuen Unternehmer wird das alleinige Recht zur Einlegung von Druckschriften in die Züge übertragen. Was das bedeutet, kann nur derjenige schätzen, der Verleger eines Regierungsblattes ist, wie Herr Reimar Hobbing. Er hat bekanntlich die kitzliche Aufgabe übernommen, aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ein Weltblatt zu machen. Wenn er so bescheiden ist, sein Recht auch nur für diese bei den Behörden gewiß nicht im Verdacht stehende Zeitung und ihren Inseratenteil gründlich auszunutzen, so erhält er die Möglichkeit, seinen Annoncen die Verbreitung zu geben, die kein anderes Blatt im Deutschen Reiche erreichen kann. Und die Eisenbahnverwaltung hält offenbar die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" für bedürftig und würdig dieses nicht eben kleinen Geschenkes! Es blühen uns herrliche Zeiten, wenn jeder Eisenbahnreisende, der Berlin verläßt, ausschließlich mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in der Hand unter dem erhebenden Eindruck ihres offiziösen Inhalts ist. Man muß es Herrn von Breitenbach lassen, er versteht sich auf die Züchtung staatstreuer Gesinnung im größesten Maßstabe.

Was Herr Reimar Hobbing für diese Riesenvorzüge des neuen Generalpachts, der ihm auch noch Frachtfreiheit für die Reklamen und freie Fahrt für seine Aufsichtsbeamten zusichert, zu leisten hat, ist nicht übermäßig viel. Daß die bisherigen Teilpächter weder von Frachtfreiheit noch von freier Fahrt irgend etwas gewußt haben, braucht gar nicht erst versichert zu werden. Immerhin zeigt die Festsetzung der Pachtsumme, daß auch die Eisenbahnverwaltung mit kolossalen Einnahmen rechnet, die Herr Reimar Hobbing aus dem Pachtvertrag ziehen dürfte. Solange seine Roheinnahmen die Summe von 2 Millionen Mark im Jahr nicht übersteigen, zahlt der Unternehmer 50 Proz. derselben. Uebersteigt die Roheinnahme jene Summe, so erhöht sich die Gebühr für den überschießenden Betrag auf 60 Proz. Dabei fallen unter diese Roheinnahmen noch nicht einmal die Vergütungen, die Herr Hobbing von seinen Auftraggebern für Anbringung, Beseitigung, Instandsetzung usw. der Reklamen erhebt, und ebensowenig diejenigen, die er für die Lieferung von Aushängen einkassiert. Selbst wenn man davon absieht, daß der neue Generalpächter aus der Lieferung von Aushängen, die er für den Reklamebedürftigen leicht vorschreiben kann, noch ein sehr respektables Nebengeschäft machen wird, sind diese Bedingungen mehr als liberal und sicher bisher in einem Pachtvertrage der Eisenbahnverwaltung noch nicht dagewesen. Aber es kommt immer noch mehr! Herr Hobbing ist in den ersten fünf Jahren in der Bemessung seiner Gebühren grundsätzlich frei. Erst nach dieser Frist ist die Aufstellung eines Tarifs für ihn in Aussicht genommen. Hat jemals ein Mensch in Preußen gewußt, daß die Eisenbahnverwaltung ein so goldenes Herz haben kann? Und noch bei der Zahlung der Pachtsumme kommt sie Herrn Hobbing in reizender Weise entgegen. Er braucht sie erst nach Schluß jeden Jahres in den ersten 14 Tagen des Januar zu entrichten. Er kann also mit seinen gewonnenen Millionen nochmals Zinsen machen, auf die die großmütige Eisenbahnverwaltung mit einer charmanten Handbewegung verzichtet . . .

Das Pachtrecht beginnt drei Monate nach Friedensschluß, läuft unkündbar auf nicht weniger als 15 Jahre und läuft dann noch um drei Jahre weiter, wenn es nicht mindestens zwei Jahre vorher gekündigt ist. Und mit holder Vertrauensseligkeit wird dem Unternehmer gestattet, das Geschäft als offene Handelsgesellschaft oder G. m. b. H. zu betreiben, sobald er nur den ausschlaggebenden Einfluß dort behält und am Vermögen der Gesellschaft wenigstens zur Hälfte beteiligt ist. Danach ist es gar nicht sicher, ob Herr Hobbing nicht eine Gesellschaft mit ganz geringem Kapital gründen und ob die Eisenbahnverwaltung nicht in dem Falle, daß jene umwirft, mit sehr langer Nase das Nachsehen bei ihren Vertragsansprüchen haben kann. Freilich sind das nicht allzu viele! Als Kaution beispielsweise braucht Herr Hobbing nur den Betrag von 50 000 Mark zu hinterlegen, eine Summe, die zu dem Objekt der Generalpacht in gar keinem Verhältnis steht. Ein junger Handelsbeflissener, dem wir den Vertrag vertraulich zeigten, meinte, damit getraue er sich auch ein Geschäft anzufangen. Offenbar sei die Urkunde nicht von der Eisenbahn, sondern von dem Rechtsanwalt des Herrn Hobbing entworfen. . . . So ein Grünschnabel!

So was passiert noch im Jahre des Heils 1918 in Kriegsnöten, die zahllose Mittelstandsexistenzen mit ihrem ganzen Geschäft bezahlen, und ausgerechnet in dem Preußen, in dem soeben das freie Wahlrecht eingeführt werden soll. Doch hat man am Ende eben deshalb Eile gehabt, den Vertrag unter Dach und Fach zu bringen; was bedeutet, daß vielleicht doch sogar der alte preußische Landtag mit dem Dreiklassenwahlrecht noch genug Kraft und Anstand aufbringt, das verheißungsvolle Unternehmen des Herrn v. Breitenbach und des Herrn Reimar Hobbing einer liebevollen Prüfung zu unterziehen.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien — Deutsche Truppen bei Eckerö auf den Alandsinseln gelandet — Gefechtstätigkeit im Westen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. März 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Heftige Feuerüberfälle richtete der Feind gegen unsere Stellungen auf dem Nordufer der Lys. Ein starker englischer Vorstoß bei Naasten wurde im Nahkampf abgewiesen. Beiderseits der Scarpe und in Verbindung mit eigenen erfolgreichen Erkundungen nördlich und südwestlich von St. Quentin lebte die Gefechtstätigkeit auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In einzelnen Abschnitten Artilleriekampf. Sturmabteilungen drangen in der Gegend von Ornes in die französischen Gräben und brachten 28 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Südlich vom Rhein-Marne-Kanal, im Thanner Tal und bei Altkirch rege Tätigkeit der Franzosen.

Osten.

In Verfolg der von der finnländischen Regierung erbetenen militärischen Hilfe sind deutsche Truppen auf den Alandsinseln gelandet.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien ist von neuem formell unterzeichnet worden. Friedensverhandlungen schließen sich unmittelbar an.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 6. März. Ein zur Einrichtung eines Etappenplatzes für die Hilfsaktion nach Finnland bestimmter Teil unserer Seestreitkräfte hat am 5. März nachmittags bei Eckerö auf den Alandsinseln geankert.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Abendbericht.

Berlin, 6. März 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. März 1918. Amtlich wird verlautbart:

An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien wurde formell unterzeichnet. Auf Grund desselben beginnen nunmehr die Friedensverhandlungen.

Der Chef des Generalstabes.

Rußland und Finnland.

Stockholm, 5. März. Laut der linkssozialistischen Zeitung „Politiken" wurde am 1. März im Smolny-Institut ein Vertrag unterzeichnet, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland ordnet.

Rußland tritt alles unbewegliche Eigentum ab wie Gebäude, Fabriken, Telegraphen, Eisenbahnen, beschlagnahmte Schiffe und Festungen, sowie die Gebiete am Eismeer. Finnland tritt die Eisenbahn von Valkeasfari bis Petersburg ab, sowie die Telegraphenkabeln nach Rußland. Die Festung Ino wird russisch. Rußland verleiht den finnischen Arbeitern alle Rechte, und Finnland verschafft den Russen Erleichterungen. Außerdem zieht Rußland sofort seine Truppen aus Finnland zurück. Das Telegramm ist unterzeichnet von der Abteilung des finnischen Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten.

Anmerkung des W. T. B.: „Es handelt sich offenbar um einen Vertrag zwischen der russischen und der finnisch-sozialistischen Nebenregierung in Helsingfors."

Warum „Nebenregierung"? Zurzeit ist sie Hauptregierung und daß sie sich als solche zu behaupten gedenkt, gibt sie durch den Vertragsabschluß zu erkennen.

*

Stockholm, 5. März. Wie mehrere Stockholmer Blätter aus Finnland melden, haben die Weißen Gardisten Björneborg genommen.

Finnlanddebatte im schwedischen Reichstag.

Stockholm, 6. März. Der Ministerpräsident gab in der Zweiten Kammer Antwort auf die von Thore (Rechtspartei) eingebrachte Interpellation über die Absichten der Regierung, den Finnen zu helfen, welche auf die Inseln im Finnischen Meerbusen geflüchtet waren.

Der Ministerpräsident erklärte, daß er nicht genau verstehe, was der Interpellant beabsichtige. Falls er eine bewaffnete Intervention wünsche, so könne ihn die Regierung nicht befriedigen. Durch das Eingreifen des schwedischen Geschäftsträgers in Helsingfors seien inzwischen in einigen Ortschaften gute Ergebnisse erzielt worden, und man hoffe, solche auch anderswo erzielen zu können. Viele Flüchtlinge hätten sich den Roten Garden gefangen gegeben und würden als Kriegsgefangene nach internationalem Recht unter der Kontrolle der schwedischen Gesandtschaft behandelt werden. Die Regierung sei bereit, auf diese Weise jedweder Gruppe von Finnländern, welche sich in Notlage befinden, zu helfen.

Der Interpellant tadelte die Regierung, deren Politik in Finnland eine bittere Stimmung gegen Schweden erzeugt habe. „Schweden hat uns verraten," sage man. Man müsse beweisen, daß dies nicht wahr sei.

Graf Hamilton, der jetzige Führer der Linkspartei, machte dem Interpellanten den Vorwurf, daß er Schweden in den Kriegzwingen wolle. Redner dankte der Regierung für ihre Haltung und Handlungsweise.

Der Linkssozialist Manssson forderte die Regierung auf, ihren groben Fehler, Truppen nach Aland zu senden, dadurch wieder gut zu machen, daß sie diese Truppen gleich zurückberufe.

Ein Protest Caillaux'.

Bern, 5. März. Caillaux protestiert der Pariser Presse zufolge dagegen, daß erst jetzt nach mehreren Wochen eine genaue Bestandaufnahme über den Inhalt des Florentiner Kassenschrankes seitens der französischen Regierung veröffentlicht wurde, aus der hervorgehe, daß seine Angaben vollauf der Wahrheit entsprechen. Der Verteidiger Ceccaldi erklärt in der Presse, daß man die Oeffentlichkeit getäuscht habe. Zu keiner Zeit und in keinem Lande hätte man ein derartiges Verfahren für zulässig gehalten.

Das Ergebnis der Corteswahlen.

Madrid, 2. März. (Meldung der Agence Havas.) Die neue Kammer wird sich folgendermaßen zusammensetzen: 95 Demokraten, 39 Anhänger Romanones, 30 Anhänger Albas, 16 unabhängige Liberale, 93 Konservative, 27 Anhänger Mauras, 25 Anhänger La Ciervas, 8 unabhängige Konservative, 9 Anhänger Don Jaimes, 2 Katholiken, 1 Agrarier, 15 Republikaner, 9 Reformisten, 6 Sozialisten, 1 unabhängiger Republikaner, 20 Katalonier, 3 nationalistische Republikaner, 3 katalonische Nationalisten, 7 baskische Nationalisten, 1 asturischer Regionalist, 1 andalusischer Regionalist.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. März. Unsere Unterseeboote haben im Sperrgebiet um England neuerdings 20 000 Br.-Reg.-To. Handelsschiffsraum versenkt.

Von den vernichteten Schiffen sind zwei besonders wertvolle bewaffnete Dampfer von je 6000 Br.-Reg.-To. in geschicktem Angriff, schärfster feindlicher Gegenwirkung zum Trotz, aus demselben Geleitzug herausgeschossen worden. Einer der Dampfer hatte Munition geladen. Zwei weitere tief beladene Dampfer wurden an der Ostküste Englands ebenfalls aus Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die deutsch-niederländische Kiesfrage. Haag, 6. März. Amtlich. Das Ministerium des Aeußeren teilt mit, daß die deutsche Regierung die Zulassung einer niederländischen Kommission, die den Bedarf von Sand und Kies für bürgerliche Zwecke im besetzten Belgien und Nordfrankreich untersuchen sollte, abgelehnt habe. Die **deutsche Regierung sei bereit, vorläufig von der Durchfuhr von Sand und Kies abzusehen,** um der niederländischen Regierung Schwierigkeiten zu ersparen. Sie bleibe aber auf ihrem Rechtsstandpunkt und behalte sich vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Frankreichs Jahrgang 1919. Paris, 5. März. Der Ministerrat genehmigte den Gesetzentwurf betreffend Einstellung des Jahrgangs 1919. Der Entwurf wird später der Kammer zugehen.

Präsidentenwechsel in Brasilien. Rodrigo Alves wurde zum Präsidenten der Republik gewählt, Delfin Moreira zum Vizepräsidenten.

Eine amerikanische Artilleriebasis in Frankreich. Reuter meldet aus Washington: Das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten teilt mit, daß in Frankreich eine große Artilleriebasis errichtet wird, die 25 Millionen Dollar kosten wird. Diese Basis wird aus 20 großen Magazinen, 12 großen Werkstätten und hundert kleineren Werkstätten und Magazinen bestehen. Mit dem Bau der Artilleriebasis, zu deren Betrieb 450 Offiziere und 16 000 Mann nötig sein werden, wurde vor mehreren Wochen begonnen, nachdem ein großer Teil des benötigten Materials und der übrigen Ausrüstung in Frankreich angekommen war.

Das Kriegsdepartement verlangte vom Kongreß außer den bereits bewilligten 640 Millionen Dollar für die Durchführung der Luftrüstungen noch weitere 450 Millionen Dollar.

Sinnfeiner-Unruhen. „Matin" berichtet unterm 28. Februar aus London, daß die Sinnfeiner-Bewegung in der Grafschaft Clare an Umfang zunehme. Die Sinnfeiner bemächtigten sich namens der irischen Republik der Ländereien, besäellten sie und nähmen das Vieh weg. Die gefangenen Sinnfeiner verweigerten die Nahrungsaufnahme und müßten nach einigen Tagen aus der Haft entlassen werden.

Ferner meldet Reuter: Aus verschiedenen Teilen Irlands werden vereinzelte Sinnfeiner-Unruhen gemeldet. Eine Anzahl mit Stöcken bewaffneter Leute hat sich der kleinen Stadt Killimagh im Bezirk Mayo bemächtigt.

John Redmonds Tod. London, 5. März. (Reuter.) Der Führer der irischen Nationalisten John Edward Redmond ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Abgeordnetenhaus.

122. Sitzung. Mittwoch, 6. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drews, von Eisenhardt-Rothe.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Haushalts der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen. Damit wird eine allgemeine einheitliche

Erörterung aller polnischen Fragen

verbunden.

Abg. Dr. Seyda (Pole):

Die polnische Fraktion wird sich an dieser Aussprache nicht beteiligen, nachdem die Regierung unseren Forderungen, die durch Vertrauenskundgebungen sämtlicher polnischer Wahlagitationen voll gebilligt waren, nicht entgegengekommen ist, sondern sie in schroffer Weise abgelehnt hat. (Hört! hört!) Wir legen bei dieser Gelegenheit erneut Protest ein gegen den Friedensvertrag in Brest-Litowsk. Die Abtrennung des Cholmer Landes von Polen ist eine schwere Verletzung des den Polen zuerkannten Selbstbestimmungsrechts und ein brutaler Schlag gegen den auch von den Mittelmächten anerkannten Grundsatz eines demokratischen Friedens ohne Annexionen. Mit der Erklärung des Reichskanzlers Grafen Hertling vom 25. Februar 1918 in bezug auf die Feststellung der westlichen Grenzen des Königreichs Polen wird eine Politik der Annexionen angekündigt, welche ein friedliches und freundnachbarliches Nebeneinanderleben des deutschen und polnischen Volkes unmöglich machen würde. Wir legen nochmals feierliche Verwahrung gegen diese bereits getätigten und noch beabsichtigten Gewaltakte an der polnischen Nation ein und werden den ukrainischen Friedensvertrag niemals als Recht anerkennen. (Lebhafter Beifall bei den Polen. Lachen rechts.)

Abg. Dr. Wolff-Gorki (k.):

Mit dröhnendem Hammer müssen wir an das Schlafgemach der Regierung schlagen (Heiterkeit), damit sie endlich

Der erste Kriegswucher-Prozeß gegen Großindustrielle.

Ein umfangreicher Strafprozeß, der nicht nur wegen der Persönlichkeiten der Angeklagten, sondern vor allem wegen einer zur Entscheidung stehenden grundsätzlichen Frage von allergrößtem Interesse ist, fand am Mittwoch vor der Strafkammer des Wiesbadener Landgerichts seinen Abschluß. Außer wegen Bestechung ist wegen Kriegswuchers Anklage erhoben worden gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden, Stadtrat Karl Philippi, Direktor Rudolf Philippi und den Prokuristen Wilhelm Fischer. Die zur Entscheidung stehende grundsätzliche Frage ist die, ob die bekannte Bundesratsverordnung gegen den Kriegswucher vom 23. Juli 1915 auch auf die Industrie angewendet werden darf. Alle bisherigen Prozesse wegen Kriegswuchers haben sich ausschließlich gegen den Handel gerichtet.

Der Tatbestand der Anklage geht auf die erste Kriegszeit zurück, wo der damalige Mitgeschäftsführer und Gesellschafter der Maschinenfabrik Heinrich Philippi als Hauptmann beim Pionier-Heerespark in Mainz stand und nach und nach seiner Firma für Heereslieferungen Aufträge in Höhe von vielen Millionen Mark zuführte. Insbesondere vergab er an seine Firma Lieferungen an Schurzholz für Unterstände, die allein den Betrag von 16 Millionen Mark ausmachten. Daß diese Vergebungen möglich waren, wird darauf zurückgeführt, daß Hauptmann Philippi auf eine Anfrage seiner vorgesetzten Behörde erklärt haben soll, er habe mit der Maschinenfabrik Wiesbaden gar nichts mehr zu tun. Als auf vielfache Beschwerden der ausgeschalteten Konkurrenz die Angelegenheit zur Untersuchung kam, wurde Hauptmann Philippi Mitte 1916 verhaftet und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Im Laufe der weiteren Untersuchung stellte sich heraus, daß bei der Maschinenfabrik Wiesbaden zu seinen gunsten große Beträge verbucht waren, und zwar 1 Proz. aller Heereslieferungsaufträge der Maschinenfabrik. Hierin sah die Militärbehörde die fortlaufende Zuwendung einer Provision an den Hauptmann, gegeben zu dem Zweck, ihn zu veranlassen, ausnahmslos der Maschinenfabrik Wiesbaden alle Aufträge zuzuführen. Weiter wurden vom Militärgericht auch die hohen Preise bemängelt, die vom Mainzer Pionier-Heerespark der Maschinenfabrik Wiesbaden bewilligt worden waren, und es wurden schließlich eine Anzahl von Bevorzugungen festgestellt, die im Gegensatz zu anderen Heereslieferanten nur der Maschinenfabrik Wiesbaden zugestanden worden waren.

Das gegen Hauptmann Philippi eingeleitete Strafverfahren endete mit der Verurteilung des Hauptmanns zu drei Jahren Gefängnis. Hauptmann Philippi hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Weiter wurden die Gattin des Hauptmanns und eine Freundin der Familie wegen Beihilfe zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.

Sofort nach der Verurteilung des Hauptmanns Philippi wurde von der Oberstaatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen die drei jetzigen Angeklagten das Strafverfahren eingeleitet. Die Anklage wird daher nicht von einem Wiesbadener Staatsanwalt, sondern vom Staatsanwalt Lemkes-Frankfurt a. M. vertreten, da die Beamten der Wiesbadener Staatsanwaltschaft sich wegen gesellschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu den Angeklagten für befangen hielten. Unter den Leumundszeugen befand sich der Erste Staatsanwalt des Wiesbadener Landgerichts Geheimrat Hagen, der ebenso wie der Wiesbadener Oberbürgermeister Glässing den beiden Brüdern Philippi das denkbar beste Zeugnis ausstellten. Insbesondere erklärte der Erste Staatsanwalt, daß er sich auch nach Erhebung der Anklage nicht veranlaßt gesehen habe, seinen Verkehr mit der Familie Philippi aufzugeben.

Den Hauptpunkt bei der Bestechungsanklage bildete die Frage, wie die von der Maschinenfabrik Wiesbaden dem Hauptmann Philippi gutgeschriebenen Beträge anzusehen sind. Während die Angeklagten behaupteten, daß es sich dabei um Vorschüsse auf die Tantieme gehandelt habe, vertraten die Anklage und ihr Gutachter, Bücherrevisor Frick-Berlin, den Standpunkt, daß der Charakter dieser Zahlungen als Provision zweifellos sei. Ebenso hielten die Gutachter der Anklage daran fest, daß ganz erhebliche Uebergewinne erzielt seien, während die Verteidiger Dr. Alsberg-Berlin und Justizrat Guttmann-Wiesbaden betonten, daß es doch nicht notwendig gewesen sei, den Hauptmann Philippi durch Hergabe von Geld erst zur Erteilung von Aufträgen zu veranlassen, denn der Hauptmann war ja ohnehin an dem Gedeihen der Maschinenfabrik persönlich interessiert. Von den Sachverständigen der Anklage wurde zum Teil in schärfsten Worten gerügt, daß die Maschinenfabrik Wiesbaden einen Teil der Lieferungen in Unterlieferungen vergeben und dabei ebenfalls erhebliche Uebergewinne erzielt hätte. Festgestellt wurde, daß die beiden jetzigen Angeklagten, um einem ihnen drohenden Zivilprozeß der Heeresverwaltung zu entgehen, im Wege des Vergleichs freiwillig aus ihren Ueberschüssen zwei Millionen Mark zurückgezahlt haben.

Am Schluß der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Lemkes gegen die Angeklagten Karl und Rudolf Philippi Verurteilung wegen Bestechung und Kriegswucher zu einer Gesamtstrafe von je einem Jahr Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe sowie zur Rückerstattung von 124 000 M. Bestechungsgeldern. Er hielt es durch die Beweisaufnahme für zweifelsfrei erwiesen, daß die Angeklagten ihrem Bruder die in Frage stehenden Beträge als Entgelt dafür zugewandt hätten, daß er die Maschinenfabrik Wiesbaden allein mit Aufträgen bedachte. Die für das ganze deutsche Geschäftsleben tief einschneidende Bundesratsverordnung gegen den Kriegswucher wolle gerade verhüten, daß die Not des Krieges zu Bereicherungszwecken ausgenutzt werde. Die Angeklagten hätten gewissenlos gehandelt, wenngleich zu ihren Gunsten spreche, daß sie offenbar der Verführung des Hauptmanns Philippi erlegen seien. Gegen den Prokuristen Wilhelm Fischer beantragte der Staatsanwalt wegen einfacher Begünstigung eine Geldstrafe von 500 M.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Alsberg legte dar, daß dieser Prozeß für die deutsche Industrie von der größten Bedeutung sei. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Deutschlands Dankensteine Waffenschmiede darin bestünde, daß man nachträglich die Industrie mit Kriegswucher-Anklagenverfolge (!) Staatsanwalt Lemkes meinte, daß man nach diesen Ausführungen fast den Brüdern Philippi beinahe allein das Verdienst dafür zusprechen müsse, daß die Durchbruchsabsichten unserer Feinde nicht gelungen seien. Richtig sei, daß dieser Prozeß von größter grundsätzlicher Bedeutung sei, weil er einschneidende Bundesratsverordnung gegen den Kriegswucher wolle vom 23. Juli 1915 falle. Diese zum erstenmal gerichtlich zum Austrag kommende Frage aber müsse bejaht werden.

Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten von der Anklage der Bestechung und des Kriegswuchers frei. Es nahm in Uebereinstimmung mit der Auffassung der Verteidigung an, daß Hauptmann Philippi nicht erst durch Vorteile bewogen zu werden brauchte, seinen Brüdern die Aufträge zuzuführen. Auch beim Kriegswucher teile das Gericht die Auffassung der Verteidigung, daß die Maschinenfabrik Wiesbaden für die Herstellung von Schurzhölzern nicht so zu kalkulieren brauchte wie ein Sägewerk, sondern an ihrer altbewährten Kalkulationsmethode festhalten durfte. Jedenfalls brauchten die Angeklagten aus der Höhe des Gewinnes nicht zu folgern, daß dieser Gewinn im Sinne der Bundesratsverordnung ein übermäßiger war.

Groß-Berlin

Berliner als Reichstagswähler für Niederbarnim.

Der Reichstagswahlkreis Niederbarnim schließt in sich auch Teile der Stadt Berlin. Von Berlin-Ost gehört zu ihm größtenteils das Viehhofsviertel, das ihm benachbart ist. Das mit dem Reichstagswahlkreis Niederbarnim wählende Berliner Gebiet umfaßt den Stadtbezirk 180 A, Teile der Stadtbezirke 180 B und C, Teile der Stadtbezirke 181 A und B, die Stadtbezirke 181 C bis 181 K. (Die übrigen Teile der Stadtbezirke 180 B und C und der Stadtbezirke 181 A und B, zusammen etwa 75 Grundstücke, gehören zu dem Reichstagswahlkreis Berlin IV.) Mit dem Reichstagswahlkreis Niederbarnim wählen auch kleine Teile von Berlin-Nord. Sie enthalten aber nur einzelne Grundstücke, nämlich Schonensche Straße 10—15 von Stadtbezirk 248 C und Wriezener Str. 22 und 23 von Stadtbezirk 323 B. (Die Hauptteile dieser beiden Stadtbezirke gehören zu dem Reichstagswahlkreis Berlin VI.) Diese wunderliche Abgrenzung des Reichstagswahlkreises Niederbarnim erklärt sich aus der bisherigen Unveränderlichkeit der ursprünglichen und längst veralteten Wahlkreiseinteilung. Seine zu Berlin gehörenden Teile wurden der Stadt erst lange nach Inkrafttreten jener Wahlkreiseinteilung durch Umgemeindung einverleibt. Umgemeindung des heutigen Viehhofsviertels von Lichtenberg nach Berlin erreichten die Berliner Gemeindebehörden im Jahre 1878, als sie dort einen eigenen Vieh- und Schlachthof einzurichten sich anschickten. Das umgemeindete Gelände hatte damals nur etwa 1750 Einwohner, bei der Volkszählung von 1910 aber rund 62 000 Einwohner. Die kleinen Teile an der Nordgrenze Berlins kamen von Pankow an Berlin erst in neuerer Zeit bei Gelegenheit von Grenzverbesserungen. Alle Umgemeindungen aber und alle Aenderungen der Stadtgrenze blieben ohne Einfluß auf die vor einem halben Jahrhundert durch Gesetz festgelegte Wahlkreisgrenze. Darum sind noch heute die Berliner, die in diesen aus Niederbarnim nach Berlin übernommenen Gebieten wohnen, Reichstagswähler für Niederbarnim.

Der neue Verbandsdirektor.

Gestern war der Ausschuß der Verbandsversammlung für die Wahl des Verbandsdirektors zu einer Sitzung zusammengetreten. Nach Bericht über die eingelaufenen Bewerbungsgesuche wurde eine Abstimmung vorgenommen, die folgendes Ergebnis hatte: Auf Stadtrat Fischbeck entfielen 12 Stimmen, auf den bisherigen Verbandsdirektor Dr. Steiniger 6 Stimmen; 3 Stimmzettel waren unbeschrieben, sodaß Stadtrat Fischbeck mit einer erheblichen Mehrheit als Kandidat aufgestellt ist. Der in der Sitzung aufgetauchte Vorschlag, einen „Kompromißkandidaten" zu wählen, als welcher der Bürgermeister Dr. Maier-Charlottenburg genannt wurde, fand keine Gegenliebe.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission gaben die Erklärung ab, daß aus der Zahl der vorhandenen Anwärter der Schöneberger Stadtrat Dr. Licht der ihnen genehmste Kandidat sei. Da sie aber für diese Kandidatur in den Kreisen der Mitglieder der Verbandsversammlung keine ausreichende Unterstützung gefunden hätten, so würden sie, um eine Zersplitterung der Stimmen zu vermeiden, die Kandidatur Fischbeck unterstützen. Diese Entschließung, die ihnen nicht leicht wurde, sei ihnen dadurch ermöglicht, daß Stadtrat Fischbeck in den letzten Jahren in sozialpolitischen Fragen eine entgegenkommendere Haltung eingenommen habe als früher.

Städtische Baupolizei.

Der Minister des Innern hat nunmehr mittels Verfügung vom 5. März dem Oberbürgermeister von Berlin die Verwaltung der Bau- und Fluchtlinienpolizei vom 1. April 1918 ab übertragen. Die Beamten der bisherigen Baupolizeiabteilung des Polizeipräsidiums treten zum weit überwiegenden Teile in die städtische Verwaltung über. Die Verwaltung wird fortan in dem Gebäude Roßstraße 21/25 Unterkunft finden.

Kein städtisches Fleisch gestohlen.

Das Nachrichtenamt teilt mit: Ueber „umfangreiche Diebstähle auf dem Zentralviehhof" gingen kürzlich Mitteilungen durch die Zeitungen. Aus der Ueberschrift konnte geschlossen werden, daß dort auch für die Versorgung der Berliner Zivilbevölkerung bestimmtes Fleisch und Vieh gestohlen worden ist. Dies trifft jedoch, wie der Magistrat mitteilt, nicht zu, vielmehr ist lediglich die Heeresverwaltung, die ihre Schlachtungen auch auf dem Zentralviehhof vornimmt, durch die Diebstähle geschädigt worden.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt 13 der Lebensmittelkarte entfällt ½ Pfund, auf Abschnitt 14 ein Pfund Marmelade. Die Voranmeldung findet in den durch Aushängeschild: „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin" gekennzeichneten Geschäften am 7., 8. und 9. März statt. Die Abgabe der Ware an den Verbraucher darf nicht vor dem 15. März erfolgen. Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund Marmelade beträgt 0,92 M.

Gegen die Schießerei in den Straßen Berlins beim Transport von Militärgefangenen richtet sich folgender Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, schleunigst alle geeigneten Schritte zu tun, um zu verhüten, daß beim Transport von Militärgefangenen durch die Straßen Berlins Leib und Leben Unbeteiligter gefährdet werden."

Von anderen Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind ähnliche Anträge eingebracht worden.

Inzwischen wird weiter geschossen! Am Dienstagnachmittag sollte ein Militärgefangener nach der Elisabethkaserne in Charlottenburg gebracht werden. In der Königin-Elisabeth-Straße versuchte er zu entfliehen, der Transporteur gab vier Schüsse ab, verfehlte ihn und verletzte aber eine Frau Neumann aus der Fredericiastraße am Hinterkopfe.

Im Wintergarten hat das Ballett des Dresdener Hoftheaters ein vielversprechendes Gastspiel eröffnet. Es pflegt neben dem klassischen Ballett, das mit seinen Steifheiten und Geziertheiten uns nur noch ausnahmsweise (wie bei den Russen) zu fesseln vermag, die freieren, leichteren und natürlichen Formen. Die vielfachen Tanzreformversuche der letzten 20 Jahre sind heute zu einem gewissen Abschlusse gekommen, dem auch die Hofballetts sich angeschlossen haben. Frisch und anmutig wirkten die hübschen Szenen mit Blindekuh- und Versteckspiel eines Mozartschen Balletts, graziös und schalkhaft mit ausdrucksvollem Händespiel Webers Aufforderung zum Tanz. Frieda Heß und Jan Trojanowski, die Sterne der Dresdener, entzückten mit derben deutschen Tänzen und entfesselten Zigeunerwildheit in Liszts ungarischer Rhapsodie. — Das Varieteprogramm bot ein paar Nummern, die voll einschlugen, und Ernst Thorn überbot alles, was man je an Zauberkünsten sah, er hext ganze Menschen hin und her, daß es eine Art hat. Die mit allerlei Ulk gewürzten Fangspiele von Tato und May sind von unübertrefflicher Gewandtheit. Dazu gesellten sich die Akrobatenarbeit und Luftakte und die abwechslungsreichen Musikleistungen der Familie Adelmann und Senta Sönelands einzigartige satirisch-parodistische Kunst.

Zeugen gesucht! Personen, die gesehen haben, wie am 27. Februar, abends ½7 Uhr, am Alexanderplatz ein Arbeiter aus der Straßenbahn gefallen ist, besonders die Dame und der Herr, die sich des Verunglückten so liebevoll angenommen haben und ihn zur Unfallstation begleiteten, werden um Angabe ihrer Adresse bei Frau Schöneich, Berlin O 112, Schreinerstr. 36, gebeten. Unkosten werden gern wiedererstattet.

Wilmersdorf. 100 Proz. Einkommensteuer. Der Magistrat hat den Voranschlag für 1918 fertiggestellt und schlägt vor, ebenso wie die anderen Stadtgemeinden Groß-Berlins die Einkommensteuer auf 100 Proz. zu erhöhen. Die übrigen Gemeindesteuern sollen unverändert bleiben. Das Steueraufkommen ist mit 11,5 Millionen gegen 9,8 Millionen im Vorjahre eingestellt. Der Voranschlag schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 19 318 500 M. ab. Die Kriegsteuerung drückt sich in verschiedenen starken Ausgabeerhöhungen aus; so sind die Aufwendungen der allgemeinen Verwaltung von 1,8 Million im Vorjahre auf 3,3 Millionen Mark gestiegen. Andererseits sind auch Ersparnisse zu verzeichnen, so bei der Straßenbeleuchtung, wo die Ausgaben 175 000 gegen 290 800 M. betragen.

— **Schulunterrichtsbeginn.** Von Montag, den 11. März, ab ist der Unterrichtsbeginn bei den Gemeindeschulen auf 8 Uhr, statt bisher 8½ Uhr, festgesetzt, während der Unterricht der höheren Lehranstalten bis zum Ende des Winterhalbjahrs weiter um 9 Uhr anfängt.

— **Lebensmittel.** Für die Zeit vom 16. Februar bis zum 15. April werden auf Grund der Lebensmittelkarten für Jugendliche abgegeben: Auf Abschnitt 4 je zwei Arten Milchpräparate (sterilisierte dänische Vollmilch, kondensierte Voll- oder Magermilch, Halbmilchpulver); auf Abschnitt 5 2 Pfunden Puddingpulver; auf Abschnitt 6 100 Gramm Weizengrieß; auf Abschnitt 7 100 Gramm Graupen; auf Abschnitt 8 500 Gramm Farinsirup. Die Anmeldung zum Bezuge hat bis einschließlich Freitag, den 8. März, zu geschehen. Berechtigt zur Annahme der Voranmeldungen auf Abschnitt 4 und Abschnitt 8 sind die Mitglieder des örtlichen Milchkleinhändlervereins, der Anmeldungen auf die Abschnitte 5, 6 und 7 die Mitglieder des Kolonialwarenvereins. Die Verkaufstage für die einzelnen Waren werden noch bekanntgegeben.

Kreis Teltow. Verteilung von Nähgarn. Im Kreise Teltow werden demnächst Baumwollnähfäden verteilt. Zu diesem Zweck sind zunächst bei den Kleinhändlern Kundenlisten zum Eintragen der Haushaltungen auszulegen. Vorläufig wird auf mindestens vier Personen einer Haushaltung eine Rolle ausgegeben. Haushaltungen mit einer geringeren Personenzahl sollen, falls sie bei der jetzigen Verteilung kein Nähgarn erhalten, bei der nächsten Lieferung berücksichtigt werden.

Reinickendorf. Zum Lastenausgleich für die ärmeren Berliner Vororte nahm die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung Stellung. Bürgermeister Wilke hatte auf dem Provinziallandtag für die Rettungsaktion zugunsten der Provinz Brandenburg gestimmt. Die Gemeindevertretung nahm mit allen Stimmen gegen die des Bürgermeisters folgenden von Genossen Schönberg eingebrachten Dringlichkeitsantrag an:

„Die Gemeindevertretung erklärt, daß sie in dem Beschluß des Brandenburgischen Provinziallandtages auf Bewilligung von vier Millionen Mark zur Unterstützung für die notleidenden Berliner Vororte keine befriedigende Lösung der Groß-Berliner Frage erblicken kann. Sie steht vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine wirksame Behebung der Notlage der steuerlich weniger leistungsfähigen Vorortgemeinden nur auf dem von dem Bürgerausschuß Groß-Berlin betretenem Wege zu erzielen ist.

Ebenfalls mit allen Stimmen gegen die des Bürgermeisters beschloß die Gemeindevertretung weiter: Die Gemeindevertretung bringt ihren einmütigen Wunsch zum Ausdruck, daß der Vertreter der Gemeinde im Zweckverband Groß-Berlin bei der bevorstehenden Verbandsdirektorwahl gegen die Wiederwahl des bisherigen Verbandsdirektors Dr. Steiniger stimmen und seine Stimme für denjenigen Kandidaten abgeben wolle, der für eine weitgehende und befriedigende Lösung der Groß-Berliner Frage Gewähr bietet. Ferner beschloß die Gemeindevertretung den bei der Gemeinde beschäftigten Arbeitern eine Teuerungszulage von 10 Prozent ihres Lohnes, und den während des Krieges eingestellten Bureauhilfskräften eine Zulage von 10 M. pro Monat zu zahlen.

Die häufigen Kleiderdiebstähle in den Schulen und die den Eltern dadurch entstehenden Verluste veranlaßten den Gemeindevorstand, mit der Märkischen Haftpflichtversicherung A.-G. eine Versicherung gegen Kleiderdiebstähle abzuschließen. Die Gemeindevertretung erteilt hierzu ihre Zustimmung.

Eine eingehende Aussprache zeitigte das Projekt der Reinickendorf—Liebenwalder Bahn zum Bau einer elektrischen Schnellbahn, die den Endhaltepunkt ihrer Bahn (Reinickendorf—Rosenthal) mit dem der A.E.G. Schnellbahn Neukölln—Gesundbrunnen (Christianiastraße) verbinden soll und ihrer ganzen Länge über Reinickendorfer Gebiet führt. Die Gemeinde Reinickendorf soll zur Durchführung des Projekts beitragen durch Uebernahme eines größeren Postens von Aktien der zu begründenden Betriebsgesellschaft. Die Gemeindevertretung beschloß ihre grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt und betraute eine sofort gewählte Kommission mit den weiteren Verhandlungen.

Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde sodann noch gegen den Widerspruch unserer Parteigenossen eine Erhöhung der Friedhofsgebühren um 50 Proz. beschlossen.

— **Zur Milchversorgung.** Der Gemeindevorstand hat angeordnet, streng zu beachten, daß sämtliche amtlichen Verkaufsstellen bei Ausgabe von Magermilch oder Buttermilch erst diejenigen Milchberechtigten berücksichtigen, welche ihre ihnen zustehende Milchmenge nicht voll erhalten haben. Etwa übrig bleibender Rest ist dann erst freihändig zu verkaufen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Spandau-Siemensstadt. In einer gutbesuchten Reichstagswählerversammlung sprach der Kandidat des Kreises Niederbarnim, Genosse R. Wissell über: „Die bevorstehende Reichstagswahl". Redner erörterte die Nöten des Krieges und die gewaltigen Zukunftsaufgaben für die Arbeiterschaft. Nicht Illusions-, sondern Realpolitik müsse die Arbeiterschaft treiben. Die anwesenden Vertreter der „Unabhängigen" aus Spandau versuchten, den Redner durch Zwischenrufe aus dem Konzept zu bringen. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung ging Wissell auf diese oft inhaltlosen Zwischenrufe ein und wies nach, daß die Politik der Unabhängigen bisher nichts Positives hervorgebracht, sondern nur zum Schaden der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes gewesen sei. Das beweise die Abstimmung bei der Besteuerung der Kriegsgewinne, die Haltung in der Friedensfrage und die letzte Ablehnung des Friedensvertrages mit der Ukraine. „Alles oder Nichtspolitik" könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Arbeiterschaft keinen Vorteil, sondern nur gewaltigen Schaden bringen und eine solche Politik würde und könne er als denkender Arbeiter nicht treiben. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen.

Als Vertreter der „Unabhängigen" sprach sodann Herr Ziefe-gang, der „Wanderredner" der U. S. bei diesem Wahlkampfe. Derselbe versuchte mit hohlen, inhaltlosen Phrasen und Verdächtigungen Wissell zu widerlegen, was ihm aber nicht gelang. Am Schlusse seiner Ausführungen erntete er nur den Beifall seiner fünf Freunde aus dem „unabhängigen Lager". Als die fünf Unentwegten sahen, daß für sie keine Lorbeeren zu holen waren, verließen sie unter allgemeiner Heiterkeit die Versammlung.

Der Versammlungsleiter, Genosse Stahl-Spandau, forderte die Anwesenden in eindringlichster Weise auf, bis zum Tage der Wahl alles daran zu setzen, daß alle Wähler von Siemensstadt, soweit sie zum Wahlkreis Niederbarnim gehören, ihre Pflicht erfüllen und für die Wahl Wissells agitieren, damit es gelänge, den Wahlkreis der alten Sozialdemokratie zu erhalten.

Lichtenberg. Die hiesigen sowie die Groß-Berliner Genossen, die zur Wahlhilfe bereit sind, werden dringend ersucht, sich am Sonntag, vormittags 9 Uhr, in folgenden Lokalen einzufinden: Ritter, Rummelsburg, Schillerstr. 26; Hamann, Boxhagen, Gryphiusstraße 15, Ecke Krossener Straße. Beide Lokale sind vom Bahnhof Stralau-Rummelsburg zu erreichen. Ferner bei Kurkowski, Lichtenberg, Pfarrstr. 74. Zu erreichen vom Bahnhof Frankfurter Allee bis Verbindungsweg. Für Neu-Lichtenberg bei Wilhelm Fleischer, Ecke Irenenstraße, direkt am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Wen wählen die Arbeiter? Die gestern unter dieser Ueberschrift wiedergegebene Tabelle enthielt einen Druckfehler, der der Genauigkeit wegen berichtigt werden mag. Es haben im 4. Kommunalwahlbezirk nicht 15, sondern nur 1 Wähler ohne Beruf „unabhängig" gewählt. An der Tatsache, daß die Arbeiter zu rund zwei Dritteln sozialdemokratisch wählten, wird dadurch nichts geändert.

Schöneberg. Der Wahlverein veranstaltet Sonnabend, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler", Hauptstr. 144, einen Familienabend, verbunden mit Lichtbildervortrag („Reise durch das Riesengebirge") sowie Aufführung von Reigen und Nationaltänzen. Eintritt 80 Pf. Eintrittskarten sind bei den Bezirks- und Gruppenführern sowie in der „Vorwärts"-Spedition zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Die brieflichen Anfragen mehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß briefliche Antworten nicht erteilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Chiffre erfolgen.

G. G. 81. Davon ist uns nichts bekannt. Wir glauben bestimmt sagen zu können, daß das leeres Gerede ist. — **K. G. 172.** Das ist gegenwärtig ja erst Gegenstand der Reichstagsverhandlungen gewesen. Nach einer Erklärung des Vertreters der Militärbehörde soll der Urlaub aus solchen Gründen nicht verweigert werden. Sie könnten den Beschwerdeweg beschreiten und sich auf diese Erklärung stützen. — **Gefreiter.** 1. Wenn Sie den Befehl dazu erhalten, müssen Sie zum Gottesdienst gehen. 2. Dieser Fall, wonach der Soldat deshalb mit Festung bestraft wurde, ist uns erinnerlich. Zu welcher religiösen Sekte der Soldat gehörte, wissen wir nicht, haben auch keine Zeit und kein Interesse daran, das festzustellen. 3. Auch das soll in Berlin geschehen sein. — **A. R. 29.** 1. Strafbar haben Sie sich deshalb natürlich nicht gemacht. Sie können aber zum Schadenersatz verpflichtet werden für die Aufwendungen, die Ihre Braut auf Grund des Eheversprechens gemacht hat. 2. Ja. — **M. B. K. 4.** Ja. — **A. M. 1.** Die Gemeinde, in der Sie jetzt Ihren Wohnsitz genommen haben, kann Ihnen den Mietzuschuß verweigern. Wenden Sie sich nochmals an den Kreisausschuß (Landratsamt). — **A. K. 40.** Ja. — **F. T. 100.** Die Aufrechnung gegen die Miete ist nicht statthaft. Sie könnten sich dadurch eine Klage zuziehen. — **Nubignu.** Eine Vorauszahlung der Kontributionsgelder muß nicht erfolgen; sie können auch in dieser Art zum Besten der Mannschaften Verwendung finden. — **G. 26.** Das ist im voraus schwer zu sagen. Es wird allerdings wahrscheinlich auf einige Tage Gefängnis erkannt werden. Einen Verteidiger zu nehmen, würde sich kaum empfehlen, da er in der Sache für Sie nicht viel erreichen kann, Ihnen aber sehr hohe Kosten dadurch erwachsen würden. — **Pinsk 1152.** Das richtet sich doch wesentlich danach, ob Bedarf an solchen Leuten vorhanden ist. Sie müßten deshalb mit Ihrem Vorgesetzten Rücksprache nehmen. — Die Strafe ist nicht gelöscht, sie könnte aber auf Antrag bei dem verurteilenden Gericht vielleicht gelöscht werden. Ob Aussicht auf Beförderung besteht, können wir doch nicht wissen. Wahrscheinlich wird Ihnen aber dabei die hohe Strafe hinderlich sein. — **W. M. 10.** Nein. — **H. F. 65.** Der Wirt ist zu dieser Reparatur nicht verpflichtet, auch nicht die Gasanstalt. Sie müssen sie auf Ihre Kosten ausführen lassen. — **K. L., Taborstraße.** 1. Der Unterstützungsschein kann Ihnen nicht verweigert werden, denn ob an die Frau Unterstützung gezahlt wird, entscheidet ja nicht Ihr Vorgesetzter, sondern die Unterstützungskommission am Wohnort Ihrer Frau. Ob die Frau Unterstützung erhält, hängt davon ab, ob Bedürftigkeit für vorliegend erachtet wird. 2. Die Unterstützung für das Kind müßte doch weiter gezahlt werden. Wenn das nicht geschieht, muß Beschwerde eingereicht werden. — **R. B. 49.** Unterstützung müßte in diesem Falle wohl gezahlt werden. — **E. M. 65.** Die Zulässigkeit der Kündigung bezw. der Steigerung durch den Wirt ist in der Art zulässig. Sie könnten aber das Mietseinigungsamt zur Entscheidung darüber anrufen, ob die Steigerung berechtigt bezw. die Kündigung gültig sein soll. Die Firma kann die Kündigung zum angegebenen Datum aussprechen. — **T.-J. J. 51.** 1. Sie haben weder Anspruch auf Beförderung noch auf höhere Löhnung. 2. Die Auszeichnung durch das Eiserne Kreuz steht Ihnen deshalb nicht zu. — **Betrieb 85.** 1. Lungenleidend, landsturmpflichtig. 2. Herzleidend, landsturmpflichtig. — **G. G. 500.** 1. Von 20 000 M. an. 2. Gewerbesteuer muß gezahlt werden bei einem Einkommen von 1500 M. an. 3. Ja. — **A. L. 51.** 1. Unterleibsbrüche, landsturmpflichtig. 2. Wenn Sie kein Einkommen haben, sind Sie natürlich nicht steuerpflichtig. — **A. M. 100.** Die Schuldsumme wäre einzutreiben durch Zahlungsbefehl bezw. Klage. Strafantrag könnte gestellt werden. — **Abonnent Stolberg.** 1. Während der Militärzeit nicht, er muß aber nachdem die Differenz zwischen Unterstützung und Alimente nachzahlen. 2. Ja, die Stadt, in der das Kind den Wohnsitz hat, ist zur Unterstützung verpflichtet. 3. Handelt es sich um eine Stadt, so ist die vorgesetzte Behörde der Regierungspräsident, handelt es sich um einen Landkreis, so ist die vorgesetzte Behörde zunächst der Landrat, dann der Regierungspräsident. — **S. T. 21.** Ihre Frau hat die Leistungen der Krankenkasse zu beanspruchen, die aber mindestens in der Höhe gewährt werden müssen, wie die Reichswochenhilfe ist. — **H. G. 1887.** 1. Die Krankenkasse muß 26 Wochen Krankengeld zahlen, es sei denn, Sie waren schon einmal ausgesteuert und wegen des gleichen Leidens unterstützt. 2. Sie werden in diesem Falle Anspruch auf Invalidenrente haben, die Rente würde etwa 150 M. ausmachen. 3. Wenden Sie sich mit solchem Ansuchen an die Landesversicherungsanstalt. 4. Ja. 5. Wahrscheinlich. 6. Dazu müssen Sie erst die Ausfuhrerlaubnis haben. 7. und 8. Darüber müßten Sie sich mit einer Versicherungsgesellschaft verständigen. — **H. T. 277.** Wahrscheinlich werden Sie aus dem Heeresdienst entlassen. — **M. R. 2203.** Berlin ist zur Zahlung der Unterstützung nicht verpflichtet, sondern die Gemeinde Ihres bisherigen Wohnortes. — **70.** Den Dienstbefehl müssen Sie ausführen. Wenn Sie aber vom Arzt krank geschrieben sind, können Sie gegen den Befehl Beschwerde erheben. — **W. W. 666.** 1. und 2. Nein. — **E. F. 277.** Sie hatten keinen Anspruch auf Löhnung und Verpflegung, da Sie zur Erwerbsarbeit beurlaubt wurden. — **A. B. 55.** Die Anrufung des Mietseinigungsamtes wird in diesem Falle wohl erfolglos sein.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Etwas kälter, trocken und im Norden vielfach heiter, im Süden stärker bewölkt.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Don Carlos.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: Kinder der Freude.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrundb. Schönh. Tor.
7½ Uhr: Die Hermannsschlacht.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ Uhr: **Erdgeist.**
Komödienhaus
7½: **Der Unbestechliche.**
Berliner Theater
7 Uhr: **Blitzblaues Blut.**

National-Theater.
Cöpenicker Str. 66. Tägl. 7½.
Ein Erfolg, wie er seit „Ueber'n großen Teich" in dem Theater nicht dagewesen ist.
Die ist richtig!...
Musik: Walter Bromme.
Stg. 3½: Stadtbahnnelkchen.

WINTERGARTEN
Der große Varieté-Spielplan
dazu
Gastspiel:
Frieda Hess, Kgl. Solotänz., Jan Trojanowski, Hofb.-Mstr., Grete Ackermann, Joh. Hennig, Dora Petters, Gertrud Müller, Erna Fritz, Grete Richter, Barbara Poitz, Irmgard Adler vom **Ballett des Kgl. Hoftheater Dresden.**

Zirkus A. Schumann.
Bhf. Friedrichstr. Anf. 7½.
Letzte Saison in Berlin.
Nur noch kurze Zeit.
Das vollständig neue März-Programm.
Tilly Bébé
mit ihr. dress. Eisbären.
Entkleidungs-Szene in der Luft. Frl. **Zoe.**
Mach. Heck Gebr. Petrok.
Die 3 Grazien am Draht.
Mexiko. Gr. Ausst.-Pantomime.

Apollo
Friedrichstr. 218. 7½.
Der Flieger von Tsingtau
sowie die verblüffenden Varieté-Attraktionen.
Theaterkasse ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Trianon-Theater
¾8 am Bhf. Friedrichstr. ¾8
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
Komödie von **Ludwig Fulda.**
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz, v. Möllendorff, Flink, Kettner.
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich 7½ Uhr:
Verlorene Ehre.
Mittwoch, den 13. März:
Benefiz für Kläre Richter.
Huttersegen.

Theater für Donnerstag, 7. März.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½: **Die Csardasfürstin**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Erstauff.: **Liebesketten.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
7½ Uhr: **Nante.**

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Sonnab., 9./3.: Sondervorstell.
3½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus 7½ Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Der junge Zar.**

Schiller-Theater O
7½ Uhr: **Die Ehre.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: Zum 1. Male: **Othello.**

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Egon und seine Frauen.**

Theater am Nollendorfplatz
3½ U.: Ein glückl. Familienvater.
7 Uhr:
Der alte Dessauer

Theater des Westens
7½ Uhr: **Der verliebte Herzog**
mit Guido Thielscher.

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.
Heute:
Großes Konzert
des **Berliner Konzerthaus-Orchesters,**
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
Morgen, den 8. März: Vaterländischer Vortragsabend, veranstaltet vom Verein ehem. Kameraden des Infanterie-Regiments von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48.

Deutsche Faserstoff-Ausstellung
Ausstellungshallen am Zoo
Täglich geöffnet von 10—8 Uhr. Eintritt 1 Mk.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ und Sonntag nachmittag 3 Uhr

Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Mein Weihnachtstraum
Nachmittags ermäßigte Preise!

Kaffee Luitpold
Motzstr. 15.
Täglich
Kabarett
Danny Gürtler II
der König der Boheme
Ina Marcella
Max Ree
Molly Moreny
Leo Führmann
u. die Hauskapelle Ctyroky.
Eintritt frei!
Getränke
in unerreichter Qualität.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Willi Prager
Milda Breiten
Mizzi Dressl
u. das hervorragende März-Programm.

Admiralspalast.
Heute 7½ Uhr
zum **100.** Male:
Abra ka dabra
Deutsche Tänze v. Schubert
Vorzügliche Küche.

Zähne mit und ohne Platte, nur Friedenskautschuk, Goldkron., Brück., Plomb., Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse, Repar. sof. Zahnzieh. m. Betäub. Bill. Preise, a. Teilz.
Zahn-Praxis M. Löser, Brunnenstr. 185,
nahe Invalidenstraße. Sprechz. täglich 9-7, Sonntags 9-12 Uhr.

Circus **Busch**
Tägl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ U.
Das neue Märzprogramm!
? Das lebende Aquarium ?
! Die schöne Creolin !
Türkische Fakire u. Vulkanmenschen.
Karl Reinsch, Schulreiter auf „Czardasfürst".
Rappos lust. Landwehrmann.
Louis Blumenfeld, Freiheitsdressuren.
9 Uhr **Mondfahrt.** 9 Uhr

URANIA.
8 Uhr:
Die Ukraine.

! LICHTSPIELE !
HOFJÄGER
! HASENHEIDE 52-53 !
Die Eröffnung ist ein Ereignis für Berlin SW

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ¾8 U.
Nur noch bis inkl. 20. März;
Hamsterfritze
und das neue Märzprogramm.
Donnerst., 21. März, z. 1. Male:
Annas Traum.
Stg. 4 U.: Schipp, schipp, hurra!

Palast
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½.
Pers. Auftr. Paul Heidemann in der Film-Operette „Paulchens Badeabenteuer" u. das neue März-Progr.

Rußhühnerzucht. Ein Buch für Anfänger. Mit zahlreichen Illustrationen. Statt 1 Mark nur 50 Pfennig. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Der fidele Bauer

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Eine Waise.

Die **Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft** vergrößert ihre Pflanzungen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt **jetzt** weitere Mitglieder als
stille Teilnehmer
mit **Anteilen zu 100 M., zu 200 M., zu 300 M.** und bis zu **1000 M.** auf. **Kriegsanleihe** wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen.
Das **Gemüse** wird in unseren
Verteilungsstellen
an die Mitglieder billig abgegeben, bei völliger **Ausschaltung des Groß- und Klein-Zwischenhandels.** Der **Gewinnüberschuß** wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergemüse reichlich versorgt worden. Die **jetzt neu beitretenden** Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von **Frühgemüse** teilzunehmen. — **Aufnahme neuer Mitglieder** findet statt im Laden **Petersburgerstr. 4a:** Montags, Mittwochs, Freitags 9—12 und 4—7, außerdem Sonntag 11—1. Ferner im Laden **Kopenhagenerstr. 4:** Dienstags, Donnerstags, Sonnabends 9—12 u. 3—6 und Sonntags 8—10. Ferner täglich im **Verwaltungsbureau: Burgstraße 27 III,** Zimmer 76 (gegenüber Zirkus Busch).

Aeußerst günstiges Angebot!
Modernes Schlafzimmer
mit dreiteiligem Ankleideschrank und Kristallverglasung, 1500 M., weißlack. Küche mit Anrichte **Alexanderstr. 37 I.** 25/13

Möbel
in allen Preislagen
1-, 2- u. 3-Zimm.-Wohnungen
empf. in mod. Ausführg.
Jul. Apelt, Tischlermstr.
Berlin SO, Adalbertstr. 6,
Hochbahnst. Kottb. Tor.

Zahngebisse,
Platin, Gr. 7,60, **Ketten, Ringe, Brücke kauft**
Frau Wagner,
Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz).

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor Sprechst. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

100 Postkarten, gangbarstes Prachtsortiment, enth. Gold-, Glanz-, Broms.-, Kunst-, Blumen-, Kopf-, Kinder-, Geburtstags-, Liebes-, Landschafts-, Witzk. usw. 6,50 M. (10 bis 30 Pf. Verk.): Tausende Anerkennungen. 100 Karten 3, 5, 6 M. Osterkarten 3, 5, 6, 10, 12 M. P. Wagenknecht Verl., Leipzig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Fritz Schmah
Hufelandstr. 27,
am 4. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
232/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Flaschenkellerarbeiter
Ernst Gewies
(Schultheiß-Brauerei Abt. I)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, vom St. Hedwigs-Kirchhof Weißensee, Wörthstraße, aus statt. 45/2
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 4. März 1918 verschied plötzlich nach kurzem, schwerem Leiden mein innig-geliebter, herzensguter Mann, der Landsturmmann
Hugo Weißkopf
im 48. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau Hedwig Weißkopf
geb. **Faupel**
Otto Weißkopf als Bruder
Anna und **Wanda Weißkopf** als Geschwister
Anna Schier geb. **Faupel** als Schwägerin
Elisabeth Jannicke geb. **Faupel** als Schwägerin
Marie Lote geb. **Faupel** als Schwägerin
Karl Metzke als Schwager
Hermann Fiebwranz.
Nach Vollendung seines vollen Strebens mag ihm der Herr die Ruhe geben, damit wir in der Hoffnung gehen bis einst ein frohes Wiedersehen.
Die Beerdigung findet am Freitagvormittag 11 Uhr vom Garnison-Lazarett Neues Lager in Jüterbog statt.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Ernst Eisenbraun
am 4. März plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Elisabeth-Kirchhofes, Wollankstraße 66, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
29/7 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.
Nachruf!
Am 19. Februar verstarb unser Mitglied
Albert Zobel
am 21. Februar unser Mitglied
August Hoffmann
und am 27. Februar unser Mitglied
Otto Zimmermann.
Ehre ihrem Andenken!
241/8 **Die Ortsverwaltung.**

Die Einäscherung unseres Mitgliedes Frau
Erna Semmler
findet heute Donnerstag, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, statt. 263/20
Ehre ihrem Andenken!

Am 17. Februar verschied plötzlich im Felde unser lieber Kollege, der Sergeant
Karl Müller
im Alter von 42 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen treuen und tüchtigen Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 1738
Beerdigung: Freitag, den 8. März, 3 Uhr, Erlöser-Friedhof, Lichtenberg, Rüchstraße.
Möbelfabrik Berolina G. m. b. H.

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 4. März meine liebe Frau, unsere Mutter und Großmutter
Emilie Lindemann
geb. **Fey,**
im 67. Lebensjahre.
In tiefstem Schmerz
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, den 8. März, nachmitt. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt. 1730b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Tante 1788
Else Bartel
geb. Weiska,
im Alter von 34 Jahren am 4. März, 1 Uhr früh, sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Rudolf Bartel u. Kinder.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. März, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Friedhof Pappelallee 15, statt.

„Seeschlacht." Von Reinhard Goering.

(Sondervorstellung der Gesellschaft „Das junge Deutschland" im Deutschen Theater.)

Aus besonderen Gründen verspätet. Red. d. „V."

Als der Vorhang fiel, regten sich ein paar Hände zu banalem Applaus, der aber unter erregtem Zischen von allen Seiten rasch verstummte. Schweigend, vom Bilde furchtbar naher Menschennot in allen Nerven durchschüttert, strömte das Publikum aus dem Theatersaal. Etwas von der grausigen Wirklichkeit des Krieges, den skrupellose Theaterspekulanten in der ersten Zeit zu buntgemalten Jahrmarktssensationen nutzten, war auf den Brettern vorübergezogen, hatte die Wunden der Erinnerung an geliebte Tote und an die Qualen ihres Sterbens aufgerissen. Man sah den Untergang, und in dem Untergang die trotzig kühne Geste der Todesverachtung, die doch das Schmerzliche des Eindrucks nur noch drückender, und schwerer machte. Man fühlte das Zermalmende des Schicksals, doch keinen Hauch von tragischer Versöhnung und Erhebung. Dieser Heroismus klingt wie ein Notschrei gejagter, von allen Seiten rettungslos umstellter Kreatur, die in gewaltsamer Hypnose zu einem Rauschzustand, in dessen Gluten jede andere menschlichere Empfindung verglimmen soll, sich angestachelt hat. Ein Krampf, der sich das Aussehen übermütiger Laune und freudiger Erwartung gibt, hält Herzen und Körper straff gespannt. Die derbe starknervige Willenskraft der einen erzwingt sich diesen Zustand; in anderen, die ihn nicht erzwingen können, erwacht er nachträglich um so ungestümer, da der Kampf beginnt, beim ersten Donnern der Kanonen.

Die Szene spielt im Panzerturme eines Schlachtschiffes, das, ein Glied im großen Geschwader, der feindlichen Flotte entgegendampft. Der Dichter hat in seiner Schilderung jedwede Art der Schönmalerei verschmäht, wenn er auch die Sprache, die seine fünf Matrosen reden, nicht selten über das natürliche Niveau steigert. Ein paar leichtblütige Gesellen, von Hermann Thimig und Emil Jannings vorzüglich dargestellt, treten am markantesten hervor. Sie wetteifern in Ausbrüchen forcierter Lustigkeit, als ging die Fahrt zum Tanzsaal, nicht zum nassen Grabe. Zwei Burschen, denen jeder Sinn für feierliches Pathos abgeht, die sich die Zeit mit zotigen Erinnerungen an Liebesabenteuer auf Gassen vertreiben. Jannings mehr ins Brutale schillernd, Thimig ein blonder Jung, der durch die frische rührende Gesundheit seiner Jugend die Herzen im Augenblicke gewinnt. Aber auch er in der Erregtheit von einer täppisch blinden, ja gehässigen Händelsucht. Wer's ihm nicht gleich tut, wie der Kamerad am Auslug, der von seinen trüben Ahnungen erzählt, den verhöhnt er: daß er feige Angst empfinde. Es kommt Befehl, durch kurzen Schlaf sich für die Schlacht zu stärken. Ein älterer Matrose — Paul Wegener spielt ihn — tritt in den Raum. Ein Grübler, dessen Sinn in der Hypnose keine Ruhe finden kann und allerhand rebellischen Gedanken nachhängt. Hier in der Charakteristik dieses einzelnen, der mit dem wundergläubigen Mann vom Auslug seine Gedanken austauscht, war inmitten all des Typischen Gelegenheit zu einer intimer individualisierenden Psychologie gegeben — eine Gelegenheit, die freilich von dem Dichter nur in geringem Maße verwertet ist. Die Hintergründe der Persönlichkeit werden, trotz der Hilfe von Wegeners Meisterkunst, nicht lebendig, die Figur bleibt fremd, mehr überraschend als überzeugend. Wenn der andere, sein Partner, bei aller Bangigkeit doch nie an seinen Soldatenpflichten gezweifelt hat, scheint er, der Ungläubige, durch ein paar zufällig belauschte Worte zu schwärmerischer Lebenssehnsucht entzündet, an Selbstmord oder Meuterei zu denken. Der innere Zusammenhang hierbei bleibt dunkel. Die beiden schlafenden Burschen, die er nicht beachtet, hören beim Erwachen verdächtige Worte seines Selbstgespräches und stürzen sich auf ihn, den sie als Meuterer verhaften wollen. Aber der Obermatrose, von Werner Krauß in starken sicheren Linien durchgeführt, verfügt die Freilassung. Er kennt den Mann, er kennt die vagen unberechenbaren Stimmungen, die die Erwartung nahen Kampfes in mancher Seele auslöst. — Die feindlichen Schiffe werden gesichtet. Ein Taumel fiebernder Ekstase ergreift die Mannschaft. Ehern klingen die Kommandoworte von Werner Krauß. Kugeln prallen an den Panzer. Die Wasser zischen. Der Raum füllt sich mit giftigem Gas. Entkräftet bricht von den Leuten einer nach dem andern zusammen. Wahnsinn fällt sie an. Als letzter hält der Einsame sich aufrecht an der Kanone, Schuß auf Schuß abfeuernd, im Drucke eines blinden inneren Zwangsgefühls. Endlich fällt auch er, die Lichter löschen aus. Die beklemmende Macht des Erlebens, von der wunderbaren Stilechtheit des Spieles und der Reinhardtschen Inszenierung getragen, hielt die Zuschauer bis zum letzten Augenblick fest im Banne. Ob Goering als Dichter eine Hoffnung ist, wird erst nach anderen Werken, in denen der Stoff selber nicht diese überragende Gewalt besitzt, sich entscheiden lassen können. dt.

Bilder von den Alandsinseln.

Es gab eine Zeit, da schienen die Alandsinseln zu einem der Ziele des Touristenstromes werden zu sollen. Mariehamn, die Hauptstadt des „festen Alands", der Hauptinsel der ganzen Gruppe, hatte sich zum Badeorte entwickelt, und das liebliche, etwa tausend Einwohner zählende Städtchen wurde nicht nur von Finnland und Schweden her, sondern auch von manchem im Norden reisenden Ausländer besucht. Und es lohnte den Besuch, dies Mariehamn mit seinem schönen, milden, würzigen Klima, seinen freundlichen Gärten, seinen blitzblanken, vor Sauberkeit strahlenden Häuschen und seiner freundlichen, ansprechenden Bevölkerung. Aber die Zwangsherrschaft Bobrikoffs knickte die junge Blüte der Stadt; von den für die Fremden erbauten Häusern blieben viele leer stehen, und die mit großen Kosten errichtete Kuranstalt brachte kaum die Auslagen ein. Vielleicht aber, daß die bedeutenden geschichtlichen Ereignisse der jüngsten Zeit, die die Alandsinseln zu einem Mittelpunkte des allgemeinen Interesses gemacht haben, neuen Anteil für sie wecken und manch einen veranlassen werden, sich diese merkwürdige nordische Inselwelt einmal mit eigenen Augen anzusehen.

Merkwürdig und sehenswert genug sind die Alandsinseln wirklich: dieser aus Hunderten von bewohnten Inseln und Tausenden und aber Tausenden von Holmen, Klippen und Schären zusammengefügte, nach allen Richtungen von unzähligen Buchten, Fjorden und Sunden förmlich zerfägte und zerrissene Archipel. Am verwirrendsten ist die Inselgruppe gegen die Ostseite gegliedert, wo sie gegen das finnische Festland hin einen ganzen dichten Schwarm von Inseln und Schären aussendet. Bewohnt sind von diesen Inseln im ganzen nur 150, und das Herzstück der Gruppe bildet das erwähnte „feste Aland". Aber auch in diesem kompaktesten Landkörper der ganzen Gruppe dringt das Meer von allen Seiten her mit tiefen und zum Teil auch breiten Buchten, Fjorden und Sunden zerreißend ein. Die Inseln bestehen aus demselben Granit, aus dem das finnische und das schwedische Festland aufgebaut sind; sie zeigen ein bewegtes Gelände, das in der höchsten Erhebung, dem Ordalsklint, bis zu 132 Metern aufsteigt, und so läßt es sich wohl denken, daß sie dem Naturfreunde eine Reihe fesselnder und wechselvoller Bilder bieten. Ganz verschieden aber ist dabei die Landschaft des festen Alands und die der Schären. Dort ist der Eindruck wesentlich freundlich, denn die festen Ländler haben, seitdem ihrer blühenden Schiffahrt durch das Dampfschiff der Garaus gemacht worden ist, sich mehr und mehr an den Ackerbau gewöhnt, und ihre Insel ist jetzt erfüllt von fruchtbaren Aeckern und saftig-grünen Wiesen, durch die die wohlgehaltene Landstraße an gemütlichen Dörfern und alten Herrenhäusern vorüberführt. Draußen im Schärenhof aber brandet das Meer an wilden, kahlen, glattgeschliffenen Klippen, und da lebt eine wetterharte Bevölkerung ein schweres Leben. Jagd und Fischfang bilden ihre Beschäftigung, die Frauen arbeiten wie die Männer, eintönig ist das Leben, nur ein- bis zweimal im Jahre wird ein Gottesdienst abgehalten, zu dem dann die Männer und Frauen von allen Ecken und Enden herbeikommen, und dann werden die Kinder eines ganzen Jahres getauft und die Toten des Jahres eingesegnet.

Die Aländer tragen unverkennbar skandinavisches Gepräge. Die Männer sind hohe, kräftige Gestalten, breitschultrig und muskulös, von regelmäßigen Gesichtszügen, und auch die Frauen pflegen stattlich und wohlgebildet zu sein. Auf den Schären draußen pflegt freilich das harte Leben ihre Züge frühzeitig streng und scharf zu prägen. Die Aländer betrachten sich selbst als Finnen, sprechen aber Schwedisch. Es herrscht eine gute alte Kultur im Bauernnamen dieser Inseln; das kann man auf dem festen Aland überall beobachten. Die rotgemalten Bauernhöfe sind geräumig mit hohen, lichten Stuben, von äußerster Sauberkeit und Ordnung, die Betten in den Wänden in zwei bis drei Stockwerken angebracht, mit reinlichen Vorhängen versehen, der Boden mit gewebten Matten bedeckt. Noch lebt mancher uralt germanische Brauch in dieser abgelegenen Welt des Nordens fort; so steht z. B. fast das ganze Jahr hindurch mitten auf dem Dorfplatze die mit Bändern und Kränzen geschmückte Mittsommerstange, um die zur Mittsommerzeit der Tanz abgehalten wird. Auch die malerische Volkstracht der Aländer wird dank der Bemühungen finnischer Künstler in neuester Zeit wieder mehr gepflegt und getragen.

Louis Corinth.

Im Hause der Berliner Sezession (Kurfürstendamm 232) hat man, um den Sechzigjährigen zu ehren, 140 Bilder von Louis Corinth zusammengetragen. Den Ertrag von vierzig Arbeitsjahren. Es fehlen viele Stücke, von denen man weiß, daß sie in besonderem Grade die Eigenarten des Malers kennzeichnen, aber das Vorhandene reicht immerhin aus, um das Urteil, das wir seit langem über diesen Nachkömmling des Rubens uns gebildet haben, zu bestätigen.

Corinth ist ein Maler im verwegensten Sinne des Worts. Wenn er Farbe und Pinsel zur Hand hat, kann er alles. Wir empfangen aber selten den Eindruck, daß er auch schöpferisch wäre, wenn das Handwerkszeug ihm entzogen würde. Seiner Malerei fehlt das Geistige, zugleich ein Vorzug und ein Nachteil. Nicht daß es ihm an Phantasie mangelte; er hat vielerlei Einfälle. Aber was vermißt wird, ist die geschlossene geistige Persönlichkeit. Er ist überall zu Hause, alles reizt ihn, er läßt sich durch vielerlei entzünden und nicht zuletzt durch die Werke oder, richtiger gesagt, durch die Arbeitsweise der Kollegen. Seine Entwicklung gehorchte kaum einer inneren Notwendigkeit, folgte vielmehr den Ereignissen, die um ihn herum in der Malgeschichte der letzten Jahrzehnte vor sich gingen. Es ist da zu sehen: Münchener Atelier, Berliner Impressionismus, aber auch Cezanne und sogar Munch. Alles freilich auf eine virtuose und beinahe an das Selbständige grenzende Art. Das Letzte, das, was als ein unlösbares Geheimnis von Mensch zu Mensch überspringt und aus der Leinewand heraus an Sinne und Seele greift, fehlt zumeist. Hier und da ist es bemerkbar, in einigen Blumenkronen, in einem Stück menschlichen Fleisches, in eines Ferkels schwärzlichem Schweineblond oder in dem donnernden und blitzenden Schwarz und in klirrenden Metallichtern des Florian Geyer. Solche Oasen sichern diesem Unermüdlichen Dauer.

In Corinth steckt ein Karikaturist großen Stils. Insofern hat er eine legitime Verwandtschaft zu Grünewald und den Martyriummalern des Barocks. Insofern ist er auch in einem besonderen Grade ein Deutscher. Er stammt aus Ostpreußen, wo der Alkohol zu den Vergnügungen des starken Mannes gehört und wo die Mädchen kräftige Hüften haben. Von dergleichen Reizen ist eine Erinnerung in allem, was Corinth gemalt hat. Ein Landsknecht, der den Beruf zum Berlichinger Götz in sich fühlt; ein Philisteröler, der oft genug vor Berlin W. kapituliert. Seine Bilder haben anfangs Entrüstung erregt; heute bereits gefallen sie. Das Neue an ihnen war eben nicht ein Problem, sondern eine Gebärde. Er ist nichts weniger als frivol und selbst dort, wo Gekreisch aufschlägt und Bacchanal schäumt, ein guter Hausvater und frommer Christ. Er liest viel in Büchern (darauf möchte ich wetten) und kennt die Antike. Aber auch die Bibel. Doch gehört er deshalb noch nicht in die Nähe Lukas', wohl aber in die der sogenannten Historien- und Anekdotenmaler.

Nur daß er eben das Handwerk viel besser beherrscht als die meisten dieser seiner Verwandten. Darum ist er auch am besten dort, wo er es nicht nötig hat, sich mit Inhalten auseinanderzusetzen: im Stillleben. Doch ist andererseits festzustellen, daß ihm, wenn die Stunde glücklich war, auch Bildnisse von Männern gelangen sind. In allen diesen Fällen bewährt sich jene karikaturistische Begabung, die ebensogut das Animalische wie das Groteske zu erfassen vermag, die akademische Gewöhnung, die nie ganz verleugnet wird, sprengt und etwas zustande bringt, was in ebenso belustigender wie wohltuender Weise an die Schauerbilder unserer Kindheitsjahrmärkte erinnert. Vieles von dem, was er gemalt hat, und besonders so, wie er es gemalt hat, das ist schon einmal dagewesen; aber wenn man es jetzt wieder vor sich sieht, wirkt es doch beinahe neu und lebensstark und jedenfalls als ein echter Corinth.

R. Br.

Notizen.

— „Selig sind die Friedensstifter". In einer Zeit, da die Friedensstifter, berufene und unberufene, am Werke sind, ist es wohl auch zeitgemäß auf ein Wort aus dem Evangelium hinzuweisen, das meist falsch übersetzt und demgemäß so zitiert wird. Im Kap. 5, Vers 9, zu Anfang der Bergpredigt heißt es: „Selig sind die Friedensstifter!" nicht, wie meist gesagt wird: „Die Friedfertigen". Selbst in guten deutschen Uebersetzungen heißt es leider noch immer so, aber die Fachgelehrten haben längst darauf aufmerksam gemacht, daß diese Uebersetzung fehlerhaft sei.

— Der Kriegsplanet. Mit dem Galgenhumor, wie ihn die Lage Europas nur zu sehr rechtfertigt, untersucht eine französische Zeitung die Frage der Marskanäle von einem neuen Gesichtspunkte aus. Die Marskanäle, über die die Wissenschaft immer noch keine sichere Auskunft geben kann, werden nunmehr erklärt — als Schützengräben. Große Armeen leben in den Schützengräben — wenn man so etwas leben nennen kann. Da die Astronomen uns aber versichern, daß diese Kanäle schon unendlich lange zu beobachten sind, müssen die Marssoldaten eine beispiellose Ausdauer besitzen. Weiterhin haben die Astronomen festgestellt, daß die Formen der Kanäle sich häufig verändern. Auch dies läßt sich leicht erklären. Da der Mars viel älter ist als unsere Erde, sind seine Bewohner auch viel „zivilisierter" als wir, sie zerstören und bauen immer wieder neue Schützengräben.

Schöne Aussichten für die sich zivilisierende Erde!

31]

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Lili strich wie versunken dem kleinen Esel immer auf und ab das struppige Fell. Er schien an streichelnde Hände gewöhnt, ließ es sich mit Wohlbehagen gefallen und sah sie dabei klug an.

„Dummer Esel," sagte der Mann, dem es ein Bedürfnis schien, von dem zu reden, was seinem Herzen jetzt noch das Liebste war, „ne, det stimmt nich. Wat, Fritze?" Er patschte dem Tier auf den Rücken. „Erst Munition jetragen hoch uf de Berge — was der wohl ausjehalten hat, 'n tapferes Tier — und nu hier Mist fahren! 's is akkurat wie bei de Menschen, früher vornehm und jetzt — ei weh! Aber jut hat er's doch. Er heißt ooch Fritze, zum Andenken. Zu Hause bei uns darf er in de Stube kommen. Dann guckt er uff'n Tisch, ob da noch Kaffee steht; den trinkt er. Nu los, Fritze, los!" Er schnalzte mit der Zunge, das Eselchen ruckte an. Flüchtig an die Mütze fassend, zog der Mann mit seinem Gefährt weiter.

Sie trieben jetzt alle Landwirtschaft. Freilich eine recht bettelhafte, so eine Art von kleinstem Kleinbetrieb. Frau von Voigt, der Tochter aus einem großen Grundbesitz, entlockte es ein mitleidiges Lächeln. Aber es hatte doch zugleich etwas Rührendes, zu sehen, wie alle sich mühten. Die städtische Tracht paßte nicht recht zu der Beschäftigung, es jauchten welche in Faltenrock und weißer Bluse; andere waren beim Umgraben in braunen Halbschuhen mit hohen Absätzen. Es war für alle Bestellung reichlich spät.

Um Berlin waren sie schon ein langgewohnter Anblick, die mit mehr oder weniger Ansprüchen gebauten Lauben, um die im Sommer rote Feuerbohnen klettern, der Salat grünt und im Herbst Sonnenblumen, hoch wie Bäume, ragen und große Kürbisse reifen. Hier aber war's der Beobachtenden, als hätte die Not mit dem Finger aufs Oedland gewiesen, auf das Land, auf dem noch das Kraut der Heide um sich fraß, und die Wurzeln vermorschter Kiefern den Sandboden durchsetzten. Hier mußte erst völlig urbar gemacht werden wie in Urwald und Prairie. Langsam kroch schwelender Rauch heran und brachte üblen Dunst mit; es stank nach Unkraut. Da brannten welche das Gestrüpp ab. Und überall Drähte im Viereck und in die Länge gespannt, oder auch nur abgebrochene Kiefernknüppel, so wie man sie im Wald auflas, mit vermorschter Borke und dürrem Gezweig, als Grenzzaun um das kostbare Gut gesteckt.

Hermine von Voigt war es anders gewohnt: wo waren die üppigen Saaten Feld bei Feld, wo die tadellos bestellten Ackerbreiten ihrer Jugend? Fern nur, ganz fern ging ein richtiger Bauer hinterm Pflug her, seine Gestalt und das Pferd, getragen von einer Ackerwelle, hoben sich groß ab gegen die Helle des Horizontes. Hier aber versuchten sie so herum, der eine baute dies, der andere das; dieser nur Kartoffeln, jener nur Gemüse. Hier wieder einer von allem ein bißchen. Der eine fing's so an, der andere so; es lag etwas Ungeordnetes in dieser Art, etwas Unbehilfliches in diesen Versuchen. Und überall war etwas wie Hast dabei — oder spürte nur sie die? Es wurde Frau von Voigt bange. Wenn es den Leuten nun nicht glückte? Das Saatgut war teuer und nicht allzu reichlich. Was dann, wenn aus den Kartoffeln nichts wurde? Der Boden war schlecht; die Kartoffel, freilich anspruchslos, will doch die rechte Pflege haben, und vor allem Sonne zur rechten Zeit und auch Regen zur rechten Zeit. Möchte der Himmel nicht zuviel von beidem spenden und nicht zu wenig! — — —

Die Preise wurden immer unerschwinglicher. Wenn die Frauen jetzt auf den Markt gingen, machten sie enttäuschte Gesichter. Spargel — was sollte man wohl mit Spargel? Den gab's; aber der machte nicht satt. Morcheln? An den schwarzen Dingern konnte man sich noch vergiften. Fleisch wollte man haben, Fische, Eier! An Butter dachte man schon gar nicht mehr, aber an Margarine. An die jungen Mohrrüben, die sonst um diese Zeit aus Frankreich kamen. An den ersten Salat; der war wenigstens voriges Jahr noch billig zu haben gewesen, und auch Radieschen und Spinat und Rhabarber, den die Kinder gern essen.

Die Händler forderten jetzt unverschämt. „Was kostet der Salat?" Der Preis war hoch. „Und das Pfund Spinat?" Der Preis war noch höher.

Niedergeschlagen ging manches Weib, es traute sich gar nicht mehr beim nächsten Stand zu fragen. Aber eine andere war nicht so zag: „Sie wollen wohl ooch reich werden wie'n Kriegslieferant, und ooch so fix, was, Sie? Fuffzig Fennige für so'n Salatkopp? Sie sind wohl verrückt?" Da wurde die bäuerliche Händlerin frech wie noch nie: ihr Mann stand auch im Feld, sie allein hatte die Mühe und Kosten, was wußten die Städter, was der Bauer für Plage hat. Wenn der Tag graut, schon raus, ganz gleich ob die Sonne brennt oder der Regen klatscht — und graben, pflanzen, sich tausendmal bücken. „Und dann kommt 'n Unwetter und alles is futsch. Lieber eß ich mein Zeugs da alleene, eh' ich's billiger gebe oder laß es verfaulen. 's is Krieg!"

Da warfen sie ihr die Körbe um. — — —.

Die Dombrowski hätte es besser haben können als viele der Frauen, Dombrowski hatte vor dem Krieg schon sein Stück Land fleißig durchgearbeitet, es war gut in Kultur, im vergangenen Jahr hatte sie reichlich Kartoffeln darauf geerntet und Kohl wie Riesenköpfe; aber sie hatte ganz die Lust daran verloren. Sie ging wohl einmal mit den Gerätschaften hin; kaum hatte sie jedoch angefangen zu arbeiten, so warf sie auch die Hacke weg und rannte wieder nach Hause. Es war graulich draußen so allein; hinter jeden Busch guckte sie scheu. Sie, die sich nie gefürchtet hatte, fürchtete sich jetzt.

Sie bat Gertrud flehentlich, unten bei ihr in der Stube schlafen zu dürfen; die Kinder schienen ihr nicht Schutz genug. Gertrud willigte ungern ein; nun hatte sie nicht einmal mehr die paar Stunden der Nacht für sich, aber durfte sie „nein" sagen? Der alte Liebhaber kam nun nicht mehr, und Minka schien sich auch nach keinem weiter umzusehen. Sie hatte es Gertrud erzählt: im Hemd, im bloßen Hemd war der geflohen. Der alte Anzug, der schon solange an der Scheunentür gebaumelt, und der durchlöcherte, aufgeweichte Hut, den Erich der Pumpe aufgestülpt hatte, waren seitdem verschwunden. „Die hat er sich angezogen, haha — das muß ausgesehen haben, hahahaha!" Aber es war mehr die Angst als das Lachen, was die Frau dabei schüttelte. Sie war eine unruhige Schlafgenossin.

Sie hatte ihr Bett heruntergeschafft, dicht neben das von Gertrud hatte sie's gerückt, oft faßte ihre Hand herüber nach der Gertruds: „Fräulein, sind Sie auch da?"

In dieser Nacht fuhr Minka Dombrowski auf. Der Mond schien hell ins Zimmer. Gertrud, die sehr ermüdet war, schlief fest; da wurde sie wach gerüttelt: „Fräulein, hören Sie nichts? Draußen is jemand. Es toppt am Haus lang!"

(Forts. folgt.)

Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin 1913

Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelufer 15, S. 1:

Jahresversammlung

Tagesordnung:
1. Jahresbericht, a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) der Revisoren.
2. Diskussion.
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes, des Schiedsgerichts und der Revisoren.
4. Beratung der gestellten Anträge.
5. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt! Neu aufgenommene Mitglieder haben die Aufnahmequittung mitzubringen. Anträge zur Jahresversammlung müssen bis 13. März in Händen des Vorsitzenden sein, um berücksichtigt werden zu können. Es wird gebeten, pünktlich zur Versammlung zu erscheinen.
263/18 **Der Vorstand.**

Für Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch . 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin

Extra-Unterstützungskasse für

Buchbinder

u. verwandt. Gewerbe. Sonntag, den 10. März, vormittags 10 Uhr, Luisenufer 17:

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Abnahme der Jahresrechnung und Entlastung des Rendanten.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 1725b

Der Vorstand. J. A.: H. Rhauda, Vors.

Spezialarzt

Dr. med. Colemann für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutuntersuch., Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 81**, gegenüb. Panoptik. **Königstr. 56/57**, gegenüber Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

100 Serienpostkarten nur 3,50 oder 4,- M., 100 Gemäldekarten 6,-, 7,- od. 9,- M., 100 humor. Ausverkaufskart. 1,50 M **J. Glas, München, Sternstr. 28.**

Zentral-Verband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 10. März, vormittags ½11 Uhr, im Lokale des Herrn **H. Schmidt**, Prinzenallee 33:

Mitglieder-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
134/8 **Der Vorstand.**

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 8. März 1918, abends 7 Uhr:

Versammlung

aller in den Lager- und Malzbierbrauereien beschäftigten organisierten Arbeitnehmer im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, großer Saal.

Tagesordnung:
Beschlußfassung über die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse.

Es ist Pflicht aller organisierten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte der Gewerkschaft berechtigt zum Eintritt.
157/3 **Die Ortsverwaltung.**

Lungen- und Halskranke. Verlangen Sie kostenfrei belehrende Broschüre über Heilmethode ohne Berufsstörung, Sanitätsrat Dr. Weise's Anstal., Berlin 117, Potsdamer Str. 123b II.

Keine Wanze mehr für M. 1.50

nur mit Kammerjäger Berg's Alcanol I und II zu erzielen. **Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.** Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwend. Ges. gesch. Doppelpak. M. 1.50. Ausreich. für 1—3 Zimmer u. Betten. Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Einsendung von M. 1.90, a. Postscheckkonto Berlin 31280, Portofr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Grüssel, Berlin, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurf. 4711. [202]17*

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M. 5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gaumenpl. **Zahnpraxis Hatvani,** Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee. *

Offene Füße Krampfadergeschwüre, auch veralt. schmerzhafte Wunden, Entzündung, mit unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil lt. vielen Erfolgsberichten die echte **„Olinda-Salbe“**. Absol. milde, naturgem. Wirkung, überaus wohltuend. 4,00 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. *

Forel, Prof. A., Die sexuelle Frage. Volksausgabe 3,80 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden. *

Zigaretten

direkt von der Fabrik zu Originalpreisen
1000 Zig. to von M. 60.— an
1000 „ ff „ „ 80.— „

Goldenes Haus G. m. b. H. **Friedrichstr. 89.** Fernsprecher: Zentrum 7437

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Elektrocein bestes Erregesalz für Klingeln, Telephone, elektr. Apparate u. dgl. galvan. Elemente. Echt in Orig.-Packung à ¼, ½ u. 1 kg zu haben bei Elektromechanik, Kurzestraße 18 (Alexanderplatz). Einkaufsquelle für Installateure.

Spezialarzt

Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden. Harn- und Blutuntersuchung. **Königstr. 34/36,** Bahnhof Alexanderpl. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

Feurig süßer **Santa-Lucia-Wein** Käuflich in Apotheken, Drogen- u. Delikateß-Geschäften.

Verkäufe

Kinderwagen, Metallbetten, auch für Erwachsene, Riesenauswahl. Kaliski, Tauentzienstraße 7b, Wilmersdorferstraße 53/54, Prinzenstr. 45, Chausseestraße 76. 1162*

Pferde-Räude wird am wirksamsten bekämpft durch Dr. Webers „Räudosan“, Dose 5,— Mark. Zu beziehen durch jede Apotheke oder gegen Voreinsendung des Betrages von der Chemischen Fabrik Dr. Zeitlhofer u. Co., Fürstenstraße 18. Telephon: Moritzplatz 3867. 1766*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Herrenhosen, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 1018*

Pelzwaren. Wollen Sie Pelzwaren noch billig kaufen, müssen Sie in den Blauen Bazar laufen. Kaiser-Wilhelm-Straße 16, beim Alexanderplatz. 258*

Pelzgarnituren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Neue Herrenanzüge. Uhrenverkauf, Silbertaschen, Einsegnungsgeschenke! Leihhaus, Warschauerstraße 7. *

Holzräder 50-, 45-, 40-, 35-, 30er Leiterwagen (eigenes Fabrikat), Klappsportwagen, Liegewagen. Alle Reparaturen an Korb- und Kinderwagen. Korbmacher Weidlich, Brunnenstraße 96. (Firma achten!) 1256*

Kostüme aus reinwollenen prima Stoffen, schwarz, blau, grau, braun, 125—150 M., Röcke 45—55 M., Seidenröcke, Seidenjacketts 45 M., Seidenkostüme und Seidenkleider 75 und 85 Mark, Seidenmäntel, Paletots, dunkle und helle Sommerkleider 48 Mark, Waschblusen, handgestickt, 20 Mark. Engroslager Michaelis, Mauerstr. 80, eine Treppe, neben Konzerthaus seit 14 Jahren. 2152*

Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenulster, Damenröcke, Blusen, Herrenanzüge, Burschenanzüge, Winterpaletots, Ulster, Pelzsachen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstr. 41. 128*

Leihhaus, Blücherstraße 10. Hohe Beleihung. Verkauf von Silbertaschen, goldene, silberne Uhren, Armbanduhren, Ketten, Ankauf jeder Wertsache. 778*

Nähmaschinen! Singerbobbin, Adler, Schnellnäher, kleine, große, wie neu, billig. Reparaturen prompt. Kastorn, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre. 633*

Skunksfelas, Muffen, Marder, Nerz, Alaska-, Blau- und Weißfüchse, Pelerinen. Ferner: Herren-Gehpelze, Wagen-, Reisepelze, bekannt billig. — Damenkostüme, Herren-Garderobe sowie in Lombard gewesene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen sehr billig im Leihhaus, Moritzplatz 8a. 1853*

Rundschiff, neue und gebrauchte, alte nehme in Zahlung. Reparatur-Werkstatt. Kaliski, Tauentzienstr. 7b, Wilmersdorferstr. 53/54, Chausseestraße 76, Prinzenstr. 45. 1162*

Bettenverkauf, Gardinen, Plüschportieren, Tüllbettdecke, Plüschtischdecke. Taschenuhren, Silbertaschen, Silberbörsen. Leihhaus, Admiralstr. 4. 245*

Leiterhandwagen, Auswahl, Holzräder. Kowalski. Schmidstraße 43. 246*

Seilerhähne, tief, vielseitig. Leiser, Schulzendorferstraße 23. 227*

Handleiterwagen, vierrädrig, stark 3 Zentner Tragfähigkeit, zwei kräftige zweirädrige Handwagen, billig. Schmiedemeister Willmann, Unterbaumstr. 8, Stadtbahnbogen 279, am Lessingtheater. 183*

Brennholz-Verkauf in großen und kleinen Mengen, Kloben und geschnitten. Von 8—12, 2—6. Dunger, Swinemünderstraße 21, Keller. 1838*

Neue Zeit, gebunden, Jahrgang 1908—12, zu verkaufen. P. K. 100 „Vorwärts“-Ausgabestelle, Immanuelkirchstraße. †184

Waldparzelle, nahe Bahnhof Basdorf. Quadratrute 10 Mark, Anzahlung 50 Mark, verkauft Hülsen, Steglitz, Bismarckstraße 11. Telephon Steglitz 2894. 1848*

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Köpenickerstraße 71. 1848*

Ziegen, hochtragende und mit Lämmern, nach Wahl verkaufen Schiffner u. Comp., Waldemarstraße 15. †145*

Geschäftsverkäufe

Stellmacherei mit Bandsäge, Abricht-, Radmaschine, Holzvorrat, auch stehen vier neue Hobelbänke zum Verkauf. Wilh. Weihrauch, Blankenburg (Mark). 1893

Möbel

Herren-, Speise-, Schlafzimmer in gediegener, vornehmer Ausführung sehr billig. Möbelhaus M. Hirschowitz, SO., Skalitzerstr. 25. Hochbahn: Kottbuser Tor. 1308*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. Blaue Schilder beachten. Sonntags 12—2 geöffnet. 663*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Annonce mitbringen, Wert 5 Mark. Lieferung frei Haus. Sonntags 12—2 geöffnet. 1658*

Möbel-Bochel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen! Riesenauswahl in nußbaum und eichenen Wohnzimmern, Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Ruhebetten. 9 Etagen! Besichtigung erbeten. 9—12, 3—7. Musterbuch wird nicht versandt. 2379*

Chaiselongue von 90,00 an. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 2588*

Gelegenheitskäufe! Schwereichenes modernes Speisezimmer, komplett 2400,—, Herrenzimmer, sehr gediegen, 1450,—. Eichen-Schlafzimmer 1350,—. Möbelhaus Osten, nur 20, Andreasstr. 20. 111*

Umzugshalber Möbel und verschiedene Wirtschaftsgegenstände billig. Kristensen, Bergmannstraße 98, III. 1734b*

Kleine schon ältere Wirtschaft billig zu verkaufen, auch einzeln. Zu erfragen von 2—7 Uhr bei Schlichtinger, Belle-Alliance-Straße 94, Hof 1 Treppe, Quergebäude. Händler verbeten. 17965

Musikinstrumente

Pianos, erstklassige Gelegenheiten, Friedensware. Klaviermacher Dittmar, Große Frankfurterstraße 44. 1798*

Friedenspiano, elegantes, schwarzes, Nußbaumpiano, Tafelklavier, 245,—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166, III. 1598*

Salonharmonium, eventuell mit Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse spielbar. Pedalharmonium, 245,—, verkauft Ernst, Oranienstr. 166, III. 1598*

Pianino 750,—, Bielefpiano 850,—, Eckpiano 900,—. Rey, Landsbergerstraße 73 (Alexanderplatz). 2124*

Pianinos, besonders günstige Gelegenheiten, 700 aufwärts, Blüthnerpianos, Duysenpianos, Schwechtenpianos, Bielefpianos, Blüthnerflügel, Bechsteinflügel. Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 2125*

Kaufgesuche

Metallschmelze. Zehn kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 855*

Borax, Bienenwachs, Paraffin, Lacke und ähnliches kauft bestzahlend Walter, Thaerstraße 9. 1918*

Briefmarken, alte, einzelne, auch Sammlung kauft Fischer, Schillstraße 15. 848*

Spiralbohrer, Werkzeuge, Filmabfälle, Bestecke, Uhren, Ringe, Ketten usw. kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Kottbuserdamm 68 (Hermannplatz). 1293*

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft preiswert Säbel, Moabit, Kirchstraße 18, vorn. 1778*

Lacke, für ganz helle Ware bis 16,00, und sämtliche Malereiartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. Rollendorf 2379. 2405*

Pfandscheine kauft und beleiht Leihhaus, Friedrichstr. 55. 1772*

Spiralbohrer! Beusselstr. 3. 1178*

Spiralbohrer! Beusselstr. 3. 1178*

Spiralbohrer! Beusselstr. 3. 1178*

Brillanten, Perlen, Farbsteine, Ketten, Ringe, Zahngebisse, Platina 7,60, Uhren kauft Juwelier Fuß, Seydelstraße 32, Ecke Spittelmarkt. 968*

Sektkorken, Weinkorken, beschlagnahmefrei, sowie alle andere und neue Film- und Zelluloidabfälle, Schallplatten, Walzen, auch zerbrochene, kauft Marthaus, Alte Leipzigerstraße 21. 1292*

Elektrisches Installationsmaterial jeder Art kauft Otto, Heckmannufer 6. 1838*

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Ketten! Ringel Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend. Schmelzerei, Metalleinkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Proß, Berlin, Köpenickerstr. 29. Telephon Moritzplatz 8470. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Malermaterial, Lacke, Leim, Pinsel, Bronze kauft Schmidt, Fehrbelliner Straße 83. 1808* 1808*

Spiralbohrer, technische Werkzeuge kauft Otto, Oranienstraße 173. 1828*

Piano, gebrauchtes, eventuell Flügel kauft Drescher, Neukölln, Delbrückstraße 36, III. (Preisofferten erbeten.) 1399*

Flügel, Piano oder Tafelklavier kauft Ernst, Oranienstraße 166, III. (Preisangabe.) 1602*

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litze kauft Bartel, Berlin-Moabit, Levetzowstraße 21a, parterre. 2020*

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29a (gegenüber Manteuffelstraße). 1179*

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert Schumann, Veteranenstraße 25, hochparterre. Norden 588. 1716b*

Unterricht

Tanzschule Friedrich, Michaelkirchstraße 39. Täglich Anfängerkurse. Donnerstag moderne Tänze. 722*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Mandolinen-, Lauten-, Gitarrenspiel. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse). Lehrinstrumente billigst. Kobler-Violin-Schnellkurse. Ernst, Oranienstr. 166. 1602*

Unentgeltlichen Unterricht in Englisch und Französisch gibt Kriegsbeschädigten Cosse, Bülowstraße 35, IV. 1730b

Verschiedenes

Malerarbeiten übernimmt Malermeister Noack, Prinzenallee 25/26. 2423*

Zeugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am 27. Februar, abends ½7 Uhr, ein Arbeiter aus der Elektrischen gefallen ist, werden um ihre Adresse gebeten. Besonders die Dame und der Herr, die sich seiner liebevoll angenommen haben und ihn zur Unfallstation begleiteten. Kosten werden gern zurückerstattet. Frau Schöneich, Berlin O. 112, Schreinerstraße 36, 1. Aufgang 2 Tr. †68

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 169. 402*

Kunststickerei Große Frankfurterstraße 67. 688*

Gustav Nitz, Gold- und Silberarbeiter, Neukölln, Neuterstraße 59, Hof 3 Treppen, empfiehlt sich zum Reparieren von Schmucksachen und allerhand Gegenständen bei mäßiger Berechnung. 1751b

Malzbonbons liefere ich jedem, der mir Zucker bringt. Arbeitslohn und Auslagen per Pfund 1 Mark. Auch Fruchtbonbons. Grüner Weg 64, Laden. †70*

Darlehen sofort auf Pfandscheine, Wertpapiere, Möbel. Berganecht, Alexanderstr. 33. „Selbstgeber“. 25/18

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Lehrlinge stellt ein E. Puls, Eisenkonstruktions- und Kunstschmiedewerkstatt, Berlin-Tempelhof. *

Fahrstuhlführer für Lastenaufzug sofort gesucht. Meldungen im Maschinenhaus A. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Straße 1/2. 1608*

Uhrmacher für Werkstatt oder Heimarbeit gesucht. Leo Frank, Beuthstraße 4. 1822*

Photographie. Färber erhalten sofort Anstellung. Meldungen von 8½—10, 12—½2, ½6—½7 Uhr. A. Wertheim, Leipzigerstraße 132/137. 1348

Granitschleifer, zwei, verlangt Rösler, Brunnenstr. 106b. †169

Formerlehrlinge stellt ein Metallgießerei Becker u. Krowein, Gartenstraße 24. 1858*

Fabrik-Linoleumleger für dauernde Arbeit gesucht. Anergesellschaft, Meldung Ehrenbergstraße 11—14, Baubureau. 301*

Hausreinigung per 1. April. Lieferung von Geräten. Loewenthal, Manteuffelstr. 13, I. 1848

Hauswart oder Frau gesucht, sofort oder zum 1. April, drei Aufgänge mit je 2 Treppen. Dencke, Lankwitz, Charlottenstraße 45. 1848

Fahrstuhlführerinnen sofort gesucht. Meldungen im Maschinenhaus Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1458*

Photographie. Negativ-Retuscheusen erhalten sofort Anstellung. Meldungen von 8½—10, 12—½2, ½6—½7 Uhr. A. Wertheim, Leipzigerstraße 132/137. 1348

Taillen- und Rock-Arbeiterinnen, tüchtige, und Zuarbeiterinnen verlangt Wiener Modesalon, Pohl, Genthinerstraße 26, Eckhaus Kurfürstenstraße. 1792b

Dienstmädchen, jüngeres, sucht Delin, Belle-Alliance-Str. 22, I. 276/12*

Botenfrauen für die Bezirke Mindenerstraße, Knobelsdorffstraße verlangt Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. *

Botenfrauen zum 1. März stellt ein „Vorwärts“-Spedition, Tempelhof, Uckermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74, Ecke Werderstraße. *

Botenfrauen sofort verlangt Ausgabestelle Greifenhagenerstraße 22. *

Botenfrauen werden eingestellt „Vorwärts“-Spedition, Petersburger Platz 4. *

Botenfrau stellt ein „Vorwärts“-Spedition, Wilmersdorf, Wilhelmsaue 27, B. Schubert. *

Frauen zum Zeitungsaustragen sucht „Vorwärts“-Ausgabestelle Alt-Boxhagen 56, Laden. *

Frauen zum Zeitungsaustragen sucht „Vorwärts“, Lübbenstraße 3, Laden. *

Zeitungsausträgerin verlangt Spedition Weißensee, Berliner Allee 11. *

Zeitungsträgerin sofort verlangt Spedition Lichtenberg, Wartenbergstraße 1, Laden. *

Zeitungsausträgerin verlangt Bernsee, Steglitz, Mommsenstr. 59. *

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts“-Spedition Schöneberg, Meiningerstraße 9. *

Zeitungsausträgerinnen können sich melden. „Vorwärts“-Ausgabestelle, Lausitzerplatz 14/15. *

Zeitungsausträgerinnen werden sofort eingestellt „Vorwärts“-Spedition, Markusstraße 30. *

Austrägerinnen sucht „Vorwärts“, Neukölln, Siegfriedstraße 28/29. *

Korbmacher auf Geschoßkörbe sucht **Hauschildt, Spandau,** Charlottenstr. 10.

25/11 **Kutscher,** zuverlässiger, für Buttergeschäft gesucht. Meldungen Dresdener Straße 50/51, Döker Beck.

Tüchtige **Propellertischler** sucht **J. C. Pfaff A.-G.,** 25232] Maybachufer 48/51.

Schriftsetzer-Lehrling

wird verlangt. 1658 **Buchdruckerei G. Witzel** Germaniastr. 14.

Wächterinnen

sucht 263* Nachtwach-Gesellschaft, Charlottenburg, Mommsenstr. 15.

Lagerarbeiter für Papierkeller werden sofort eingestellt bei **Robert Kellpflug. Berlin SW 48, Friedrichstr. 11.**

Werkzeugdreher
Revolver-Einrichter
Automaten-Einrichter
sonstige Einrichter
Schlosser 26282*
stellen ein **Spezialkonstruktionen,** Steglitz, Birkbuschstraße 37/39.

Schraubendreher verlangt R. Schelle, Straßburgerstr. 57.

Schlosser und Dreher

verlangt. 25212*

Pluto-Werke, Motor- u. Lokomotivbau G. m. b. H. **Berlin-Hohenschönhausen,** Wernenchener, Ecke Gockestraße.

Maschinenschlosser Werkzeugdreher Werkzeugmacher

verlangt **R. Frister A.-G.,** Berlin-Oberschöneweide. *

Tüchtige **Dreher und Gewindeschneider** für Loewe- u. Reineckerbänke **und Schlosser** für Schneideisen stellen ein **Fleck & Co.,** 25272* • Müllerstraße 30.

Mehrere Polsterer tüchtige, verlangen sofort **Heß & Rom,** 17375 Charlottenstr. 6.

Schachtmeister mit Arbeiterkolonnen sowie Zimmerleute und Zementierer für auswärtige Baustelle gesucht. **Windschild & Langelott,** 25122 **W. 57, Bülowstr. 79.**

Zimmerleute, Erdarbeiter

für auswärtige Heeresbauarbeiten sucht **Bauunternehmung Leonhard Moll, München-Berlin.** 1912b Anmeldungen: Berlin N, Augustsstr. 80, Hof.

Tüchtige Schlosser auf saubere Feilarbeit verlangt **R. Heinrich Nehl.,** Luisenufer 11.

Tischler gesucht. Renner, Berlin, Potsdamer Str. 91. 25162

Papierschneider

für große **Rapidmaschine** für Massenarbeit sofort gesucht. 26282 Meldungen mit Zeugnissen bei **Robert Kellpflug, Berlin SW 48, Friedrichstraße 11.**

Hausdiener Wächter erhalten sofort Anstellung. Meldungen mit Zeugnissen und Militärpapieren bei der Hausaufsicht von ½9—1 u. 5—6 Uhr. **A. Wertheim G. m. b. H.** Königstr. 31/32

in der Polenfrage aufwacht. Eine wirkliche Verständigung mit den Polen wird es niemals geben, denn die Wünsche der Polen auf politische und territoriale Selbständigkeit kann keine preußische Regierung erfüllen. Mit der von der Regierung beabsichtigten Reform des Wahlgesetzes, die vielleicht 150 Sozialdemokraten, 100 Zentrumsleute und 60 Polen bringen kann, kann die Regierung ihre Ostmarkenpolitik nicht fortsetzen. Gegenüber den polnischen Ansprüchen muß auch einmal von deutscher Seite mit ganz groben Brummern geschossen werden. (Sehr gut! rechts.) Aber die Regierung scheint auf nichts hören zu wollen. Einen Landrat in Posen, der objektiv die Stimmung der deutschen Kreise wiedergab, hat man beiden Ohren genommen und nach Hannover verschleppt. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) Abg. Ad. Hoffmann [U. S.:] Hat er nicht **an Schiebungen teilgenommen?**) Das ist ausgeschlossen. Die Regierung will nicht sehen, aber jetzt ist keine Zeit zu Konzessionen an die Polen. (Beifall rechts.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. **Friedberg**:

Bisher war der auch von den Konservativen ausgesprochene Zweck der Polenpolitik, die polnisch sprechenden Preußen möchten sich möglichst bald auch als Preußen fühlen. Der Vorredner hat jedes Entgegenkommen an die Polen für aussichtslos erklärt. Ist er etwa ein Einspänner in seiner Partei? (Lebhafte Zurufe rechts: Nein!) Dann hat die konservative Partei ihre Haltung geändert, und da ist es umso merkwürdiger, wie dieselbe Partei der Regierung fortwährenden Wandel ihrer Anschauung vorwerfen kann. Die Regierung will ebenfalls die Stärkung des Deutschtums aufrecht erhalten, aber Ungleichheiten beseitigen, die nicht wirksam sind, aber von den Polen als ungerecht empfunden werden mußten, wir folgen also nur dem Gefühl der Gerechtigkeit. Gewiß wird unter einem veränderten Wahlrecht auch das Abgeordnetenhaus sich anders zusammensetzen. (Hört! hört! rechts.) Die Hammerschläge des Vorredners sind an mir ziemlich eindruckslos vorübergegangen. (Hört, hört! rechts.) Die Regierung schläft keineswegs, sie tut ihre Pflicht und hält Wacht im Osten, die ebenso wichtig ist, wie die Wacht am Rhein. Wenn das Enteignungsgesetz ein Schwert von Pappe geworden ist, so sind gerade die von der Rechten beschlossenen Zusätze schuld. Jedenfalls scheint uns jetzt der richtige Zeitpunkt,

dies aufreizend wirkende Schwert von Pappe

aufzugeben. Eine polnische Nation in Preußen, von der Abg. Seyda sprach, kenne ich nicht. Wir sind keine Illusionspolitiker, wir wissen, daß es nur kleine Gruppen der Polen sind, die sich mit uns verständigen wollen. Wie die Polen über den Frieden mit der Ukraine denken, kann uns ziemlich indifferent lassen. (Zustimmung.) Die Polen selbst haben nichts dafür getan, ihr Vaterland vom russischen Joch zu befreien. Das haben die Mittelmächte getan. Den Dank, Dame, begehren wir dafür nicht. Eins aber lassen wir uns nicht nehmen: Leben und Existenz unseres Vaterlandes ordnen wir nicht nach polnischen Wünschen, sondern nur nach unseren eigenen Bedürfnissen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Pohlmann** (Vp.): Die Polen hätten wirklich abwarten sollen, was über das Cholmer Land endgültig vereinbart wird. Jede Autonomie, jedes internationale Schiedsgericht lehnen wir ab. Unsere polnischen Mitbürger müssen sich als polnisch sprechende Preußen, nicht als preußische Polen fühlen. (Beifall.)

Abg. **Stenke** (S.): In Westpreußen und Posen hat die Regierung Entgegenkommen gezeigt, in Oberschlesien aber nicht; insbesondere hat man dort die Wünsche der katholischen Geistlichkeit für den Religionsunterricht in der Muttersprache nicht erfüllt.

Abg. **Brann** (Soz.):

Es handelt sich hier um einen politischen Kampfetat. Diese Politik kann natürlich niemals zur Verständigung und zur Milderung der Gegensätze führen. Die Ansiedlungskommission hat mit ihren Bestrebungen nur einen ganz winzigen Erfolg erzielt, denn in dem letzten Jahrfünft hat sich die deutsche Bevölkerung in jenen Provinzen um 4,5, die polnische um 4,4 Prozent vermehrt. Dieser Gewinn steht in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Millionen und der **Unsumme von Verbitterung und Verärgerung**, die diese Politik bei den Polen hervorgerufen hat. (Sehr wahr! bei den Polen u. Soz.) Bei einer Fortsetzung der auf die Verdrängung der Polen gerichteten Politik ist eine Verständigung ausgeschlossen. Sie muß restlos aufgegeben werden. Jetzt endlich will man ernst machen mit der Aufhebung des Enteignungsgesetzes, aber offenbar nur, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß dies Gesetz ein Mißgriff war. Es hat sich in Wahrheit als

Hilfsaktion für halbbankerotte polnische Großgrundbesitzer

herausgestellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Aufhebung kann also die polnische Bevölkerung kein Entgegenkommen erblicken, zumal der § 13b des Ansiedlungsgesetzes aufrecht erhalten wird, mit dem man es dem polnischen Bauer unmöglich machen kann, sich auf eigenem Grund und Boden ein schützendes Dach zu bauen, und zumal man es ablehnt, polnischen Ansiedlern die Wohltaten des Gesetzes betreffend die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern im gleichen Maße zugute kommen zu lassen. Hat doch der Landwirtschaftsminister in einer Kommission des Herrenhauses erklärt, die Ansiedlungskommission werde wie bisher von deutschen Ansiedlern **zu erheblich günstigeren Bedingungen als polnischen Kriegsbeschädigten** Ansiedlungsmöglichkeit verschaffen. (Hört! hört!) Also die Männer, die gemeinsam im Schützengraben gestanden haben, sollen, wenn sie nach Hause kommen, wieder verschieden bewertet werden. (Hört! hört!) Auch die Behandlung der polnischen Saisonarbeiter als rechtlose Masse trägt nicht zur Versöhnung der Polen bei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf diese Weise stößt man die Polen von Preußen ab und erhöht die Anziehungskraft des neuerrichteten polnischen Staates. Daß man die bisherige Nadelstichpolitik fortsetzen will, beweist auch die Absicht, das

Proportionalwahlrecht in den polnisch sprechenden Provinzen

einzuführen, eine Maßnahme, die sich naturgemäß gegen die Polen richtet. Entweder man führt einen extrem scharfen Kampf gegen das Polentum, was ich für sehr verderblich halten würde, oder man treibt tatsächliche Versöhnungspolitik, darf aber dann nicht bei Halbheiten und Versprechungen stehen bleiben. (Beifall b. d. Polen u. Soz.)

Nach weiteren Ausführungen **Fuhrmanns** (natl.) und **Winklers** (k.) erklärt

Minister des Innern Dr. **Drews**:

Gegen einzelne Mißgriffe von Beamten werde ich stets energisch vorgehen, mit allgemeinen Vorwürfen aber kann ich nichts anfangen. Auf eine Auseinandersetzung darüber, warum ein Beamter, der seine Pflicht nicht erfüllt hat, von seinem Platze entfernt worden ist, kann ich mich hier nicht einlassen. (Unruhe rechts.)

Abg. **Rewoldt** (fk.):

Die Entgegnung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums auf die bitterernste Rede des Abg. Wolff-Gorki hat auch auf mich den allerungünstigsten Eindruck gemacht. (Bravo! rechts.) Auf eine solche Rede durfte der Minister nicht mit dialektischen Kunststücken in dieser ironischen Form antworten. (Sehr wahr! rechts.) Wenn das Enteignungsgesetz zu einem Schwert aus Pappe geworden ist, so ist das die Schuld der Regierung selbst. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister des Innern hat nicht das Recht, wie er das in seinem neuesten Erlaß getan hat, zu sagen es handle sich bei der Wahlrechtsvorlage

um ein Versprechen des Königs,

das eingelöst werden müsse. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir werden uns nicht abhalten lassen, unsere Pflicht als Abgeordnete zu erfüllen, die dahin geht, die Vorlagen der Regierung nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen. (Bravo! rechts.) Gerade die Erfahrungen der Ostmark sollten für den König Anlaß bieten, **den Julierlaß zu revidieren.** (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. **Gaigalat** (Kons. Litauer): Die Polen erstreben eine Vereinigung von Polen mit Litauen. Das entspricht aber weder dem Interesse der Polen noch dem der Litauer und am wenigsten dem des Deutschen Reiches. Die neue Grenze im besetzten Gebiet geht übrigens mitten durch Litauen. Ganze Teile Litauens sind den Russen ausgeliefert. Die Litauer hätten also eigentlich noch mehr Grund, sich zu beschweren, als die Polen. Bedauerlich ist, daß kein Litauer zu den Friedensverhandlungen hinzugezogen wird. Von einer litauischen Irredenta kann keine Rede sein. Wir preußischen Litauer sind von den Litauern in den besetzten Gebieten durch Sprache und Religion verschieden. Auch haben sich die preußischen Litauer im Kriege als treue Anhänger des deutschen Vaterlandes erwiesen. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Strödel** (U. Soz.) stellt fest, daß ihm das Wort abgeschnitten worden ist.

Die Denkschrift der Ansiedlungskommission wird gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten für erledigt erklärt. Der Etat wird angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung.)

Schluß: 4¾ Uhr.

Der Postetat vor dem Hauptausschuß.

Die Plage der Postdiebstähle — Feldpostmißbrauch — Beschäftigung von Kriegsbeschädigten.

Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Beratung des Postetats. Staatssekretär Rüdlin begründete in längeren Ausführungen die Notwendigkeit zahlreicher Stellenvermehrungen und machte dabei auch interessante Angaben über den Umfang der Feldpost. Mehr als die Hälfte aller Beamten werde im Felde verwendet, da täglich **21 000 000 Feldpostsendungen** bewältigt werden müssen. Auch die leidigen Verhältnisse der Paketpost behandelte der Staatssekretär, wobei er betonte, daß die zahlreichen Diebstähle nur zu einem geringen Teil auf Verfehlungen des Postpersonals zurückzuführen sind. Auf einen Wunsch des Abgeordnete Hubrich (Fortschr. Vp.), der eine Statistik der Postdiebstähle wünschte, teilte der Staatssekretär noch folgendes mit: In den letzten vier Jahren sind wegen Diebstählen verurteilt worden: **39 Beamte, 254 Unterbeamte** und **3234 Hilfsbeamte.** Auf der Eisenbahn wird

die Post ganz systematisch beraubt.

Ganze Banden haben sich zu diesem Zwecke gebildet. Eine Menge Pakete sind auch infolge mangelhafter Verpackung unbestellbar. Diese Zahl stieg 1917 auf 50 000, für sie mußte Ersatz geleistet werden. Alle Versuche, diese Zustände zu beseitigen, sind erfolglos geblieben. Die Verluste im Felde steigern sich auch durch die plötzlichen Truppenverschiebungen. An Ersatz mußte geleistet werden: 1912: 100 000 M., 1914: 800 000 M., 1916: 1178 000 M., 1917: 3 100 000 M.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Hubrich, ob der zahlreich betriebene Mißbrauch der Feldpost nicht eingeschränkt werden könne, entgegnete ein Regierungsvertreter, daß zweifellos zahlreiche Fälle von Mißbrauch vorliegen, aber eine Einschränkung der Portofreiheit sehr genau erwogen werden müsse. Der Abg. Taubadel (Soz.) wandte sich sehr energisch gegen jede Einschränkung der Portofreiheit. Auch er ging auf die Diebstähle bei der Post ein, die erschreckend überhand nehmen und kritisierte namentlich

die ganz unzureichende Höhe der Entschädigungen.

Diese werden ohne Rücksicht auf den wirklichen Wert nach dem Gewicht des Pakets bemessen. Zu den Diebstählen trage auch viel die schlechte Bezahlung der Ausheller bei. Demgegenüber meinte der Staatssekretär, daß die Post bei Entschädigungen noch sehr entgegenkommend (!) sei, sie sei sogar berechtigt, während des Krieges jede Haftung abzulehnen, habe aber davon keinen Gebrauch gemacht. — In der weiteren Debatte wies Abg. Südekum (Soz.) auf den Mißstand hin, daß Zehlendorf außerhalb der Berliner Portogrenze liege und deshalb erhebliche Summen an Strafporto aufzubringen habe.

Abg. Meyer-Herford begründet dann einen Antrag aller Parteien, die Gehaltssätze der untersten Klassen (gehobene Unterbeamte) mit 1500 M. beginnen und bis 2200 M. steigen zu lassen.

Geheimrat Mulder: Die Verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt, daß während des Krieges eine Reform der Besoldungsordnung nicht angängig ist. Die Härten, die eingetreten sind, müssen durch Teuerungszulagen ausgeglichen werden.

Dieser Standpunkt der Regierung wurde von allen Seiten scharf bekämpft. Der Besoldungsantrag wurde einstimmig angenommen.

Die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten bei der Post wurde gleichzeitig in den Verhandlungen mehrfach berührt. Abg. Taubadel (Soz.) stellte die Pflicht der Postverwaltung fest, zahlreiche Kriegsbeschädigte zu beschäftigen. Hierauf entgegnete Staatssekretär Rüdlin, daß die Post bisher **11 200 Kriegsbeschädigte** eingestellt habe, sie werde auf diesem Wege fortfahren. Beim Telephonbetrieb könne man die Frauen allerdings nicht entbehren.

Zum Schluß gab es noch eine kleine Polendebatte.

Abg. Graf Carmer (kons.) forderte, in den Postetat die Ostmarkenzulage wieder einzusetzen, nachdem die Polen durch ihr Auftreten im preußischen Landtage bewiesen haben, daß sie dem Reich nach wie vor feindlich gegenüberstehen. Dieses Ansinnen wurde vom Abg. Erzberger als eine Provokation und von dem Abg. Hoch als geradezu unerhört bezeichnet. Graf Carmer unterließ es denn auch, formell einen solchen Antrag zu stellen. Damit war der Postetat erledigt.

Bei den Petitionen entspann sich eine Debatte über die Lohnverhältnisse der Postaushelfer. Abg. Taubadel wies insbesondere darauf hin, daß man bei einem Lohn von 3,50 M. pro Tag allerdings nicht genügend brauchbare Kräfte bekommen könne.

Der Ausschuß wandte sich dann wieder der vertraulichen Aussprache über die Erfassung der Auslandsgewinne zu.

Helfferich, der Geheime Staatssekretär.

Offiziös wird der Wortlaut der Antwort, die der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr von Stein auf verschiedene Anfragen über die Stellung des Herrn Helfferich dem Hauptausschuß erteilt hat, folgendermaßen wiedergegeben:

1. Der Reichskanzler hat den Staatsminister Dr. Helfferich nach seinem Ausscheiden aus seinen früheren Aemtern befragt, ob er bereit sei, die im Interesse der Friedensvorbereitungen dringend erforderliche einheitliche Zusammenfassung der Vorarbeiten der Ressorts für den wirtschaftlichen Teil der Friedensvorbereitungen zu übernehmen. Staatsminister Dr. Helfferich hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag zu übernehmen, und zwar im Ehrenamt und unter Ausschluß irgend einer Besoldung oder Vergütung für seine Tätigkeit.

2. Der Staatsminister Dr. Helfferich ist für die Erledigung der ihm übertragenen Aufgabe keinem einzelnen Ressort angegliedert; er ist vielmehr unmittelbar dem Reichskanzler beigegeben und arbeitet unter dessen unmittelbarer Verantwortlichkeit.

3. In die inneren Verhältnisse und den Aufgabenkreis der Ressorts greift die Aufgabe des Staatsministers Dr. Helfferich nicht ein. Sein Auftrag geht vielmehr, wie sich aus 1. ergibt, dahin, die Vorarbeiten der Ressorts für die wirtschaftlichen Friedensverhandlungen bei sich zu sammeln, sie auf ihre Vollständigkeit zu prüfen, etwa notwendige Ergänzungen zu veranlassen und auseinandergehende Wünsche in Uebereinstimmung zu bringen.

4. Das für die Bearbeitung der von ihm übernommenen Aufgabe erforderliche Personal wird dem Staatsminister Dr. Helfferich von den Ressorts zur Verfügung gestellt. Zurzeit sind dem Staatssekretär drei höhere Beamte sowie die entsprechende Anzahl von mittleren und unteren Beamten beigegeben. Die Gelder für die sachlichen Unkosten, darunter die Miete für die erforderlichen Bureauräume, werden aus dem Kriegsfonds auf Anfordern der Reichskanzlei dem Staatsminister Dr. Helfferich zur Verfügung gestellt.

Damit ist also eine neue Stellung geschaffen worden, die eines Geheimen Staatssekretärs.

Das Landesverratsverfahren gegen den „Vorwärts" eingestellt.

Dem verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Gen. Erich Kuttner, ist folgendes Schreiben zugegangen:

Der Oberreichsanwalt.

Leipzig, den 28. Februar 1918.

In der Ermittlungssache gegen Sie wegen Landesverrats erhalten Sie beifolgende Schriften mit der Mitteilung zurück, daß das Verfahren wegen des Leitartikels „Die Forderungen der Arbeiter" in Nr. 29 des „Vorwärts" vom 29. Januar 1918 von mir eingestellt ist.

Zweigert,
Wirkl. Geh. Rat.

Ein Schreiben gleichen Inhalts erhielt auch Genosse Friedrich Stampfer.

Wir stellen dazu nochmals den Sachverhalt fest. Am Tage nach dem Streikausbruch, am 29. Januar, veröffentlichte der „Vorwärts" einen Leitartikel über „Die Forderungen der Arbeiter". Am Tage darauf wurde der „Vorwärts" verboten, und am 4. Februar spät abends erhielt Genosse Kuttner die Vorladung zu einer Verhandlung des außerordentlichen Kriegsgerichts am 6. Februar, in der er sich wegen versuchten Landesverrats verantworten sollte. Da Genosse Stampfer dem Kriegsgericht mittlerweile mitgeteilt hatte, daß er allein als Täter in Betracht komme, verfiel der angesetzte Termin und ebenso ein späterer wegen notwendig gewordener Ermittlungen der Vertagung. Dann wurden die Kriegsgerichte aufgehoben, und die Sache kam damit auf den ordentlichen Rechtsweg.

Jetzt hat der Oberreichsanwalt erkannt, daß zu einer Anklage kein begründeter Anlaß vorliegt, und das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt. Ohne den Zwischenfall, der durch die freiwillige Meldung Stampfers eintrat, wäre aber schon am 6. Februar gegen Kuttner verhandelt worden. Ein Schuldspruch mit all seinen persönlich und politisch weittragenden Folgen wäre nach der jetzigen Feststellung des Reichsanwalts ein Fehlurteil gewesen: kann aber jemand sagen, daß das summarische Verfahren der Kriegsgerichte gegen ein solches Fehlurteil die genügenden Rechtsgarantien bot? Man denkt an Bindings, den berühmten Leipziger Rechtsgelehrten, ironischen Ausspruch, im summarischen Verfahren müßten eigentlich auch Nachtstationen eingerichtet werden, damit dem Gericht auch nicht die Ueberlegungspause einer Nacht bleibe, oder an das Urteil v. Bars, dem summarischen Verfahren sei schon die Lynchjustiz vorzuziehen, denn die Rechtssicherheit sei in beiden Fällen gleich gering, bei der Lynchjustiz fiele aber das Odium von Fehlurteilen wenigstens nicht auf juristisch gebildete Richter.

Die Frage läßt sich nicht abweisen, ob nicht manches Verfahren, das vor dem Kriegsgerichte durchgeführt wurde und mit furchtbaren Zuchthausstrafen endete, einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, wenn es auf den ordentlichen Rechtsweg gewiesen worden wäre. Und die Urteile der Kriegsgerichte sind inappellabel! Ist es da nicht eine Forderung des Rechts, daß diese Urteile schleunigst auf dem einzigen Wege revidiert werden, der noch offen bleibt: auf dem Wege der Amnestie?

Das Landtagswahlrecht in Sachsen.

Dresden, 6. März. Der Landtagsausschuß für die politische Neuordnung nahm den nationalliberalen Antrag an, nach dem das allgemeine gleiche, geheime und gerechte Landtagswahlrecht in Verhältniswahl und zwei Zusatzstimmen einzuführen ist, die nicht auf Vermögen, Einkommen und formale Bildung gelegt werden dürfen.

Letzte Nachrichten.

Verlegung der russischen Regierung — Hungersnot in Petersburg.

Petersburg, 5. März. (Reutermeldung.) Die Abendblätter bestätigen den Beschluß der Regierung, trotz der Unterzeichnung des Friedens mit der Verlegung der Staatseinrichtungen nach Moskau, Nischnjnowgorod und Kasan fortzufahren. Heute wird mit der Verlegung der Kommissariate für Auswärtige Angelegenheiten, für das Verkehrswesen und die Finanzen begonnen. Die Regierung wird bald eine Erklärung veröffentlichen, daß es notwendig sei, die Hauptstadt nach Moskau zu verlegen, „da es unmöglich sei, die Hauptstadt an der Grenze des Staates zu belassen, wenn Petersburg zu einem Freihafen erklärt sein werde.

Amsterdam, 6. März. Einem hiesigen Blatte zufolge erfährt die „Times" aus Petersburg, daß der Lebensmittelmangel in Petersburg allmählich den Charakter einer Hungersnot angenommen habe. Die Schwierigkeit der Beschaffung werde noch durch die Bankpolitik der Bolschewiki erhöht. Es sei so weit gekommen, daß die Leute oft kein Geld hatten, wenn Lebensmittel zu bekommen wären, und umgekehrt Geld ausgezahlt bekommen, wenn keine Lebensmittel zu haben seien. Andererseits weigern sich die Kaufleute, das unter der Regierung Kerenskis ausgegebene Papiergeld anzunehmen, weil sie es nicht wechseln könnten.

Die letzten vom „Seeadler".

London, 6. März. Reutermeldung. Die Times erfährt aus Valparaiso: Ein gestern in Talcahuano angekommener Schoner, der von der Insel Paques kam, brachte **58 Offiziere und Matrosen von der Besatzung des deutschen Hilfskreuzers Seeadler** mit, die vorher auf dem Schoner Tortuna waren und bei der Insel Paques **Schiffbruch erlitten** hatten.

Englischer Hilfskreuzer versenkt.

Amsterdam, 6. März. Nach einer Reutermeldung aus London war der Dampfer Calgarian als **bewaffneter Hilfskreuzer** im Dienst. Zwei Offiziere und 46 Mann sind bei der Versenkung umgekommen.

Gewerkschaftsbewegung

Unterstützungseinrichtungen als werbende Kraft der Organisation.

Die Auffassung, daß die Unterstützungseinrichtungen den Gewerkschaften das Klassenkampfgepräge rauben und daher zu bekämpfen seien, ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung lange Gegenstand eingehender Auseinandersetzungen gewesen. Im Laufe der Zeit brach sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß es im Interesse des Gewerkschaftskampfes selbst liegt, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gerade durch die geschaffenen Unterstützungseinrichtungen leistungsfähig zu erhalten. An dieser Tatsache ändert auch nichts der erhobene Einwand, daß die geleisteten Unterstützungen den Gewerkschaftsmitgliedern den Idealismus rauben und sie für den Kampf um hohe Ziele unbrauchbar machen. Diese in gewissen Kreisen lange vorherrschende Doktrin ist durch Tatsachen und langjährige Erfahrungen so schlagend widerlegt worden, daß es heute keinem verständigen Gewerkschaftsgenossen mehr einfällt, sie von neuem anzuwenden.

Wenn wir ihrer hier wieder einmal Erwähnung tun, so deshalb weil uns recht zutreffende Bemerkungen, die der Geschäftsbericht des Zentral-Verbandes der Dachdecker Deutschlands für das Jahr 1916/17 enthält, hierzu Veranlassung geben.

Dieser Verband hatte im September 1914 bei Ausbruch des Krieges die Kranken- und Umzugsunterstützung gänzlich aufgehoben, die Sterbeunterstützung auf die Hälfte ermäßigt. Dafür zahlte er Kriegs- und Arbeitslosenunterstützung aus. Ueber die Folgen, die das Fehlen der oben genannten Unterstützungen für den Verband hatten, äußert sich der Vorstand folgendermaßen:

„Gerade in solchen Zeiten, wo alles auf den Menschen einwirkt, seelischer Kummer und Teuerung, Gemütsverstimmung und Nahrungssorgen, muß der Verband helfend eingreifen. Mit der Länge der Zeit wirkt die Aufhebung der Krankenunterstützung und die Herabsetzung des Sterbegeldes wie eine Strafe für diejenigen unserer Mitglieder, die trotz Krieg treu zum Verbande hielten. Auf der anderen Seite haben wir wohl viele Kollegen verloren, die wegen der Krankenunterstützung fahnenflüchtig wurden. Gerade diese zwei Jahre haben uns den Beweis geliefert, wie stark doch die Einwirkung des Unterstützungswesens auf die Mitglieder ist. Schließlich kam noch ein anderer Umstand in Betracht: Wir sahen bei der Wiederaufnahme der Agitation, daß uns die werbende Kraft der Unterstützung fehlte. Man mag noch so sehr darüber klagen, daß das Klassenkampfgepräge der Organisation Schiffbruch leidet, wenn man Unterstützung zahlt, man kommt ohne sie einfach nicht aus. Schließlich liegt es doch gerade im Interesse des Gewerkschaftskampfes, seine Mitglieder wirtschaftlich leistungsfähig zu erhalten, um ihnen so ihre Kampfkraft zu sichern."

Diese Gründe haben den Zentralvorstand der Dachdecker veranlaßt, im Sommer 1916 zu beschließen, die Krankenunterstützung wieder einzuführen und das volle Sterbegeld auszuzahlen.

* * *

Daß der Vorstand sich trotzdem bewußt ist, in der Frage der größeren Durchbildung der Mitglieder in Zukunft noch mehr zu tun als bisher, bringt er im Bericht deutlich zum Ausdruck. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1917 1798 Mitglieder. Die Zahl der Eingezogenen belief sich auf 6989.

Beispielloser Aufstieg der Bergarbeiterorganisation.

Die beste Antwort auf die scharfmacherischen Treibereien der agrarkonservativen und schwerindustriellen Katastrophenpolitiker gegen die Arbeiterforderungen geben die Berichte der Gewerkschaften über ihren starken Mitgliederzuwachs. Nun teilt das Organ des Bergarbeiterverbandes mit, am 1. Januar 1917 habe dessen Mitgliederzahl, ohne die militärisch einberufenen Verbandsgenossen, 53 404 betragen. Am Jahresschluß aber wurden 110 454 gezählt. Der Zuwachs beläuft sich also auf rund 57 000. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres 1917 mehr als verdoppelt. Das Verbandsorgan schreibt, ein solcher Erfolg sei „in der Geschichte des Bergarbeiterverbandes beispiellos". Zu den genannten Mitgliedern sind noch mindestens 20 000 zu rechnen, die militärische Dienste tun; nach den Listen waren am Jahresschluß noch 30 004 Verbandsgenossen beim Militär. Die Verbandsleitung rechnet aber sehr vorsichtig mit stärkeren Abgängen und stellte daher nur 20 000 als zurzeit passive Mitglieder in Rechnung. Damit beträgt die Gesamtmitgliedschaft des Verbandes 130 454, das sind mindestens 28 000 mehr als vor Kriegsausbruch! Zu diesem ausgezeichneten Erfolg ihrer Werbetätigkeit sind die organisierten Bergarbeiter zu beglückwünschen. Dem Mitgliederzuwachs entspricht auch eine vorzügliche Stärkung der finanziellen Organisationsmittel. Allein an regulären Mitgliederbeiträgen sind im verflossenen Jahre 1 780 549,50 M. eingegangen, 749 107,48 M. mehr als im Jahre 1916. Gesamt-Einnahme und -Ausgabe bilanzieren mit 2 082 580,19 M. Unter den Ausgaben ragt hervor die Krankenunterstützung in Höhe von 227 965,65 M., an Sterbegeldern sind 92 850,65 M. gezahlt, für den Rechtsschutz der Mitglieder über 70 000 M., für Unterstützung der Kriegerfamilien 53 898 M. (insgesamt über eine Million Mark), Verbandsorgan 101 906, an die Generalkommission 20 033 M. Das Bankguthaben hat sich um 850 579,71 M. erhöht. Das Verbandsvermögen (Hauptkasse, Bezirks- und Ortskassen) belief sich am Jahresschluß auf insgesamt 4 943 995 M., der Zuwachs beträgt 987 410 M. Diese erfreuliche finanzielle Verstärkung ihrer Organisation werden die Bergarbeiter wahrscheinlich recht nötig haben. Dafür dürften die kapitalistischen Scharfmacher im Bergbau sorgen.

Industrie und Handel.

Kieler Kriegsmillionäre. Einen interessanten Einblick in die Verschiebung der Einkommensverhältnisse während des Kriegs liefert folgende Statistik aus Kiel:

Einkommenklassen:		1918:		1917:	
von 900—	3 000 M.	50 156	Zensiten	40 177	Zensiten
„ 3 000—	6 500 „	4 952	„	7 687	„
„ 6 500—	9 500 „	994	„	821	„
„ 9 500—	30 500 „	902	„	1 005	„
„ 30 500—100 000		105	„	202	„
über 100 000	„	15	„	47	„

Man kann daraus schließen, daß sich die Zahl der Millionäre in Kiel während des Kriegs verdoppelt, die Zahl der Multimillionäre aber verdreifacht hat. Wenn auch die unteren Klassen eine Steigerung aufweisen und ein Teil der Zensiten aus der Klasse 900 bis 3000 in die nächstfolgende aufgerückt ist, so bedeutet das bei dem Sinken des Geldwerts in vielen Fällen noch keine tatsächliche Verbesserung der Einkommensverhältnisse. Auf der anderen Seite züchtet der Krieg Millionäre.

Glänzender Geschäftsgang einer Jutespinnerei. Der Jahresabschluß der Deutschen Jutespinnerei und Weberei, Metken, weist einen Reingewinn von 1 216 484 M. gegen 731 965 M. im Vorjahr auf. Der Aufsichtsrat schlägt 20 Prozent Dividende und einen Bonus von 100 M. in 5 Proz. Reichsanleihe auf je 600 M. Aktien vor. Außerdem sollen die Aktionäre auf je 9600 M. alte Aktien eine neue Aktie von 1200 M. erhalten. Zu diesem Zweck wird der Reingewinn aus dem Dispositionsfonds um 150 000 M. verstärkt.

Fette Dividenden. Die Verwaltung des Sachsenwerks, Licht und Kraft — Aktiengesellschaft in Niederfedlitz schlägt eine Dividende von 30 Prozent vor — Der Aufsichtsrat des Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik, schlägt eine Dividende von 20 Prozent gegen 12½ Prozent im Vorjahre vor.

Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther Aktiengesellschaft, Gassen N.-L. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 15 Proz., sowie eine Sondervergütung von 3 Proz., zusammen also 18 Proz. (im Vorjahr 15 Proz.) an die Aktionäre auszuschütten. Der Reingewinn beträgt 1 059 309 M. (im Vorjahr 930 595 M.).

Der skandinavische Warenaustausch. In Kopenhagen fand vom 27. Februar bis 5. März eine skandinavische Warenaustauschkonferenz statt, auf der die Delegierten der drei Länder gleichlautende Vorschläge zur Aufrechterhaltung und Fortsetzung des Warenaustausches machten. Dänemark sichert Norwegen beträchtliche Mengen an Butter, Fleisch, Käse, Speck, Eiern, verschiedene Wurzelgewächse, verschiedene Sämereien, Zucker und gewisse Rohstoffe für die Industrie zu. Um dem Kornmangel Norwegens teilweise abzuhelfen, hat Dänemark für die gegenwärtige Konsumperiode 200 000 Tonnen zur Verfügung gestellt. Norwegen hat seinerseits Dänemark eine beträchtliche Menge Heringe und norwegischen Salpeter zur Verfügung gestellt, außer gewissen chemischen Produkten, Erz und Mineralien. Schweden stellt Dänemark beträchtliche Mengen Eisen, Stahlwaren, Holz, Maschinen, Papier und Terpentin zur Verfügung.

Amerikanisch-mexikanisches Gold-Silber-Abkommen. „Algemeen Handelsblad" zufolge hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Zustimmung erteilt, fünf Millionen Dollar in Gold nach Mexiko zu senden, wogegen Mexiko das Silberausfuhrverbot aufhebt.

Soziales.

Zwischenfestsetzung der Ortslöhne und des Wertes der Sachbezüge.

Das Reichsversicherungsamt hat bei sämtlichen Bundesregierungen und dem Statthalter in Elsaß-Lothringen angeregt, die zuständigen Versicherungsämter anzuweisen, ihre früher getroffenen Festsetzungen der Ortslöhne (§ 149 der Reichsversicherungsordnung) und der Durchschnittswerte der Sachbezüge (§ 160) einer Nachprüfung und nach Bedürfnis einer Neufestsetzung zu unterziehen. Damit wird einem außerordentlich dringenden Bedürfnis abgeholfen. Während des Krieges ist von den verschiedensten Stellen (Krankenkassen, Verband der Hausangestellten usw.) bei den zuständigen Behörden häufig eine Neufestsetzung jener Ansätze gefordert worden. Fast immer aber erfolgte Ablehnung mit der Begründung, daß eine solche nicht zulässig und nicht zweckmäßig sei.

Hinsichtlich der ortsüblichen Tagelöhne war eine allgemeine Neufestsetzung schon im Jahre 1914 fällig. Sie ist aber unter Hinweis auf den Kriegszustand vom Bundesrat immer wieder hinausgeschoben worden, zuletzt bis nach Beendigung des Krieges. Die jetzigen Nachprüfungen sollen als Zwischenfestsetzungen im Sinne des § 151 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung gelten.

Bei der vielfachen Verwendung der Ortslöhne, namentlich in der sozialen Versicherung (so werden z. B. die Unfallrenten jener gewerblich tätigen Personen, die weniger als den Ortslohn verdienen, nach diesem berechnet) bilden die niedrigen Sätze eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft. Viele Krankenkassen kennen für große Gruppen der Versicherten den Ortslohn auch noch zur Berechnung der Beiträge und Leistungen. Es ist sehr bescheiden, wenn verlangt wird, daß die Ortslöhne allenthalben um das Doppelte erhöht werden.

Da kaum anzunehmen ist, daß alle Versicherungsämter aus eigener Entschließung die nötige Neufestsetzung vornehmen, empfiehlt es sich, daß die interessierten Stellen (Krankenkassen, Gewerkschaftskartelle usw.) durch entsprechende Anträge nachhelfen.

Beschäftigung von Fürsorgezöglingen im Bergbau.

Ueber die Verwendung von Fürsorgezöglingen im Bergbau bringt der soeben erschienene Bericht über die Ergebnisse der westfälischen Provinzialverwaltung bemerkenswerte Angaben. Der Mangel an geeigneten Lehr- und Dienststellen für männliche schulentlassene Zöglinge brachte eine solche Ueberfüllung mit sich, daß die Erziehung bei der aufs äußerste beschränkten Zahl von Aufsichtspersonen notwendig leiden mußte. Da zu gleicher Zeit auf den industriellen Werken eine starke Arbeiternot bestand, so wurde nach dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes eine zweckmäßige Verwendung der brachliegenden Kräfte erwogen. Der erste Versuch wurde auf einem größeren Stahlwerk gemacht. Er schlug aber fehl, weil es sich nicht ermöglichen ließ, die Jungen in geschlossenen Abteilungen zu beschäftigen. „Recht befriedigend sind dagegen die Erfolge gewesen, die mit der Beschäftigung in Bergwerksbetrieben, und zwar bei einer Anlegung unter Tage, erzielt sind." Auf den Zechen bilden die Zöglinge geschlossene Arbeiterabteilungen. Sie sind in besonderen Heimen untergebracht, wo sie unter ständiger Aufsicht stehen. Die Oberleitung liegt auf jeder Zeche in der Hand eines haupt- oder nebenamtlich angestellten Geistlichen. In der Freizeit werden sie mit Garten- oder Feldarbeiten beschäftigt oder durch Spiele, Turnen usw. auf den künftigen Heeresdienst vorbereitet. Nur Zöglinge über 16 Jahre werden für die Beschäftigung in der Grube ausgewählt, wenn sie sich befriedigend geführt haben und sich freiwillig melden. „Der von den Jungen verdiente Arbeitslohn wird nach Abzug der Kosten für Verpflegung, Unterkunft und Bekleidung für sie verzinslich angelegt. Allwöchentlich erhält jeder ein geringes Taschengeld; für Ueberschichten wird eine besondere Vergütung gewährt. Die Zechen sind vertraglich verpflichtet, den Fürsorgezöglingen denselben Lohn zu gewähren wie den freien Arbeitern von gleicher Leistungsfähigkeit, sowie die Kosten der Beaufsichtigung ohne Anrechnung auf den Arbeitslohn zu tragen." Am 1. November waren 298 Zöglinge auf den Zechen „Viktor", „Graf Schwerin", „General" und „König Wilhelm" beschäftigt. Ueber die Erfahrungen mit den Jungen berichtete die Werksleitung von „Viktor" im Oktober vorigen Jahres: „In der ersten Zeit haben wir mit den Fürsorgezöglingen üble Erfahrungen gemacht. Leistung und Fleiß waren in vielen Fällen mangelhaft. Häufig kam es vor, daß von den Zöglingen mutwilligerweise Förderstörungen verursacht wurden. Nachdem Herr Rektor B. die Oberaufsicht übernommen hatte, änderten sich die Verhältnisse sehr schnell. . . . Feierschichten wurden nach und nach vermieden, dafür aber mehr Ueberschichten gemacht. Leistung und Fleiß nahmen merklich zu und können augenblicklich keine Klagen mehr geführt werden. Alle hier jetzt noch beschäftigten Zöglinge sind den anderen freien Arbeitern gleichwertig."

Wie der Bericht weiter mitteilt, wird demnächst eine Fabrikabteilung auf der „Guten Hoffnungshütte" (Oberhausen) errichtet. Eine Mädchenabteilung von 30 Zöglingen besteht seit November auf den Vereinigten Deutschen Nickelwerken in Schwerte.

Zahnheilverfahren der Angestelltenversicherung.

Die Angestelltenversicherung gewährt bekanntlich auch Zuschüsse zu den Kosten eines Zahnersatzes, wenn dieser zur Verhütung gesundheitlicher Schäden notwendig ist. Die Bestimmungen zur Erlangung eines solchen Zuschusses hätten kürzlich eine einschneidende Aenderung erfahren. Versicherte, die noch der Krankenversicherungspflicht unterliegen, haben von jetzt ab Anträge auf Zuschüsse zum Zahnersatz bei ihrer Krankenkasse einzureichen, die sich ihrerseits mit der Reichsversicherungsanstalt in Verbindung setzt. Für die allgemeinen, seitens der Reichsversicherungsanstalt gewährten Heilverfahren, also der Unterbringung in Heilstätten usw. ist der direkte Weg des Antrags an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193/195 beibehalten worden. Sofern der Versicherte noch krankenversicherungspflichtig ist, ist jedoch eine Bescheinigung seiner Krankenkasse darüber beizubringen, daß sie von der Stellung des Antrags Kenntnis hat. Einer Genehmigung seitens der Krankenkasse bedarf es nicht. In Zweifelsfällen erteilen die hiesigen Ortsausschüsse der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung Auskunft: für Berlin: Flottwellstraße 4 I, Sprechstunde Dienstag, Donnerstag Sonnabend von 1—3 Uhr; für Schöneberg: Rollendorfstr. 29/30, Sprechstunde täglich, außer Montag von 1—2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Weißensee. Arbeiterjugend. Heute findet im Jugendheim (Charburger Str. 3, Ecke Tassostraße, Restaurant Stärke, eine Heimbesucher-Versammlung mit wichtiger Tagesordnung statt.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.